

Geis-Thöne, Wido

Research Report

Die Bedeutung der Zuwanderung für den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands: Aktueller Stand und politische Gestaltungsmöglichkeiten

IW-Analysen, No. 151

Provided in Cooperation with:

German Economic Institute (IW), Cologne

Suggested Citation: Geis-Thöne, Wido (2022) : Die Bedeutung der Zuwanderung für den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands: Aktueller Stand und politische Gestaltungsmöglichkeiten, IW-Analysen, No. 151, ISBN 978-3-602-45654-3, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/265362>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Die Bedeutung der Zuwanderung für den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands

Aktueller Stand und
politische Gestaltungsmöglichkeiten

Wido Geis-Thöne

IW-Analysen 151

Forschungsberichte aus dem
Institut der deutschen Wirtschaft



Herausgeber

Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.

Postfach 10 19 42
50459 Köln
www.iwkoeln.de

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) ist ein privates Wirtschaftsforschungsinstitut, das sich für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einsetzt. Unsere Aufgabe ist es, das Verständnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge zu verbessern.

Das IW in den sozialen Medien

Twitter

@iw_koeln

LinkedIn

@Institut der deutschen Wirtschaft

Facebook

@IWKoeln

Instagram

@IW_Koeln

Autor

Dr. Wido Geis-Thöne

Senior Economist für Familienpolitik
und Migrationsfragen
geis@iwkoeln.de
T 0221 4981-705

Alle Studien finden Sie unter
www.iwkoeln.de

Die Bedeutung der Zuwanderung für den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands

Aktueller Stand und
politische Gestaltungsmöglichkeiten

Wido Geis-Thöne

IW-Analysen 151

Forschungsberichte aus dem
Institut der deutschen Wirtschaft

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie. Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://www.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-602-15039-7 (Druckausgabe)

ISBN 978-3-602-45654-3 (E-Book|PDF)

In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.

Herausgegeben vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.

© 2022 Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH

Postfach 10 18 63, 50458 Köln

Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln

Telefon: 0221 4981-450

iwmedien@iwkoeln.de

www.iwmedien.de

Druck: Elanders GmbH, Waiblingen



Inhalt

Zusammenfassung	4
1 Einleitung	5
2 Migrationskontexte der eingewanderten Bevölkerung	7
3 Beitrag zur demografischen Entwicklung	17
4 Beitrag zur Qualifikationsbasis	21
5 Beitrag zu Arbeitsangebot und Fachkräftebasis	27
6 Beitrag zu Unternehmertum und Innovationen	40
7 Rahmenbedingungen für die künftige Zuwanderung	45
8 Handlungsansätze für die Migrationspolitik	53
9 Fazit	63
Literatur	64
Abstract	69
Autor	71

Zusammenfassung

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ist Deutschland in den nächsten Jahren immer stärker auf Zuwanderung angewiesen, um die Fachkräftebasis zu stabilisieren und die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft zu sichern. Dabei erbringen Einwanderer bereits heute einen wichtigen Beitrag. So war nahezu jeder sechste Erwerbstätige, der im Jahr 2019 eine qualifizierte Tätigkeit ausgeübt hat, nicht auf dem Gebiet der Bundesrepublik geboren worden, und jeder zwanzigste ist erst seit dem Jahr 2007 zugewandert. Betrachtet man die akademisch qualifizierte Bevölkerung im Alter zwischen 25 und 34 Jahren, lag der Anteil der Zuwanderer insgesamt sogar bei rund einem Viertel und jener der seit dem Jahr 2007 Zugewanderten bei rund einem Fünftel. Menschen mit ausländischer Herkunft leisten hierzulande auch einen immer größeren Beitrag zu Innovationen und Unternehmertum. Dennoch ist die eingewanderte Bevölkerung noch immer überproportional häufig niedrigqualifiziert und nicht am Arbeitsmarkt aktiv oder nur in einfachen Helfertätigkeiten beschäftigt. Daher muss die Migrationspolitik weiterhin selektiv agieren und die Erwerbs- und Bildungszuwanderung von Menschen aus Drittstaaten, die über in Deutschland gesuchte Fachqualifikationen verfügen oder diese zeitnah erwerben können, gezielt fördern.

1 Einleitung

Deutschland hat sich in den letzten Jahren immer mehr zum Einwanderungsland entwickelt. Dies gilt nicht nur für die Zusammensetzung der Bevölkerung. Stand 2019 war mit 19,2 Prozent fast ein Fünftel der Bevölkerung außerhalb des heutigen Staatsgebiets der Bundesrepublik geboren worden (Kapitel 3). Verändert hat sich auch der Umgang mit dem Thema im politischen Raum. Lange Zeit war dieser von Ablehnung und Negierung geprägt. So hatte noch im Jahr 1998 der damalige Innenminister Kanther in einer Regierungserklärung verlautbart, dass Deutschland weder ein Einwanderungsland sei noch werden solle (Geißler, 2014). Erst in den 2000er Jahren vollzog sich ein langsamer Bewusstseinswandel, wobei der Bericht der „Süßmuth-Kommission“ genannten Unabhängigen Kommission Zuwanderung (Süßmuth et al., 2001) ein Meilenstein war. Im Jahr 2021 bekannte sich die Regierung in ihrem Koalitionsvertrag ausdrücklich zu einem gemeinsamen „Verständnis von Deutschland als vielfältige[r] Einwanderungsgesellschaft“ (SPD et al., 2021, 6) und formulierte das Ziel, zur Sicherung der Fachkräftebasis die Arbeitskräfteeinwanderung gezielt zu stärken (SPD et al., 2021, 33).

Dies ist auch dringend geboten, da der deutsche Arbeitsmarkt derzeit einen epochalen Wandel erlebt. War die Zahl der Erwerbspersonen zuvor jahrzehntelang nahezu kontinuierlich gestiegen, geht sie seit dem Jahr 2019 langsam zurück (Statistisches Bundesamt, 2022a). Dass es sich dabei tatsächlich um eine Trendwende handelt, macht etwa die Erwerbspersonenvorausberechnung des Statistischen Bundesamts (2020) deutlich. Hintergrund ist, dass die besonders geburtenstarken Jahrgänge der Babyboomer jetzt sukzessive aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden und die in Deutschland nachrückenden Kohorten vergleichsweise klein sind. Zwar spielen die Entwicklungen beim Renteneintritt und weitere Faktoren hier eine große Rolle. Jedoch lässt sich eindeutig feststellen, dass das Arbeitsangebot in Deutschland in den 2020er Jahren ohne starke Zuwanderung deutlich zurückgehen wird (Geis-Thöne, 2021a).

Welchen Beitrag die Einwanderung bereits in der Vergangenheit zur wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands geleistet hat, war lange Zeit weitgehend unbekannt. So wird in der amtlichen Statistik erst seit dem Jahr 2005

überhaupt erfasst, ob Personen außerhalb des Gebiets der Bundesrepublik geboren worden sind (Will, 2020). Viele Fachstatistiken differenzieren nach wie vor nur nach Staatsangehörigkeit und nicht nach Geburtsland. Daher liegen zu vielen migrationspolitischen Fragestellungen noch immer nur Befunde zur ausländischen Bevölkerung vor. Das ist insofern sehr ungünstig, als die Integration in Arbeitsmarkt und Gesellschaft und der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit in einem Zusammenhang miteinander stehen (Geis-Thöne, 2021b).

Trotz der teilweise noch lückenhaften Datenbasis konnte sich in den letzten Jahren in Deutschland eine sehr breit gefächerte und öffentlichkeitswirksame Migrationsforschung etablieren. Zu verweisen ist dabei besonders auf den im Jahr 2008 gegründeten Sachverständigenrat für Integration und Migration, der den politischen Diskurs mit seinen jährlichen Gutachten sehr stark beeinflusst. Zunächst wurde der Rat von mehreren gemeinnützigen Stiftungen gemeinsam getragen. Im Jahr 2021 ist er in die ausschließliche Förderung aus Bundesmitteln übergegangen (SVR, 2022). Allerdings nimmt die Migrationsforschung bislang häufig nur die Perspektive der Zugewanderten und nicht die der sie aufnehmenden deutschen Wirtschaft und Gesellschaft ein. So wird etwa meist nur betrachtet, wie hoch der Anteil der Erwerbstätigen an der zugewanderten Bevölkerung ist, nicht jedoch, wie hoch der Anteil der Zuwanderer an der erwerbstätigen Bevölkerung ausfällt. Dabei ist dieser zweite Indikator für den Beitrag der Zuwanderung zur Arbeitskräftebasis in Deutschland relevanter.

Nimmt man diesen Perspektivwechsel nicht vor, rechnet man die einzelnen Mitglieder der zugewanderten Bevölkerung oder der betrachteten Teilgruppe von ihr immer bis zu einem gewissen Grad gegeneinander auf. So legt eine niedrigere Erwerbsbeteiligung als bei der einheimischen Bevölkerung einen negativen Effekt am Arbeitsmarkt intuitiv sehr nahe, obwohl die Fachkräftebasis gegebenenfalls gleichzeitig deutlich gestärkt wird. Dabei gibt es Situationen, in denen die Zuzüge am Arbeitsmarkt unterschiedlich erfolgreicher Personen untrennbar miteinander verbunden sind. Etwa ist dies der Fall, wenn Fachkräfte aus dem Ausland Ehepartner nach Deutschland mitbringen, die hier nicht erwerbstätig werden. Zumeist bestehen allerdings selbst innerhalb eng abgegrenzter Zuwanderergruppen, wenn überhaupt, nur sehr lose Zusammenhänge zwischen den Wanderungsbewegungen einzelner Personen. So geht

ein verstärkter Zuzug von Fachkräften aus dem Ausland nicht automatisch mit einer steigenden Zahl an Transferleistungsbeziehern einher.

Vor diesem Hintergrund wird im Folgenden zunächst der derzeitige Beitrag der eingewanderten Bevölkerung zum wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands analysiert. Als wichtiger Hintergrund für die Interpretation der weiteren Ergebnisse folgt eine kurze Darstellung dazu, in welchen Migrationskontexten diese ins Land gekommen ist. Anschließend wird in Kapitel 3 der Einfluss der Einwanderung auf die demografische Entwicklung betrachtet. Dieser ist in der aktuellen Situation sehr relevant, da die deutsche Wirtschaft vor Herausforderungen steht, die zum großen Teil demografiebedingt sind. In Kapitel 4 wird nach Qualifikationen differenziert und dargestellt, wie hoch die Anteile der Zuwanderer an der akademisch und beruflich qualifizierten Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter sind. Daraufhin wird in Kapitel 5 betrachtet, welche Bedeutung die zugewanderte Bevölkerung für das Arbeitsangebot in Deutschland insgesamt und im Bereich der qualifizierten Fachkräfte hat. Abschließend betrachtet Kapitel 6 ihren Beitrag zur Innovationskraft der deutschen Wirtschaft und untersucht, wie viele Unternehmen von Zuwanderern geführt werden.

Daraufhin thematisieren Kapitel 7 und 8 die zukünftigen Potenziale der Zuwanderung. Kapitel 7 geht der Frage nach, welche Entwicklungen im In- und Ausland die Wanderungsströme nach Deutschland in den nächsten Jahren nachhaltig verändern und prägen könnten. In Kapitel 8 wird dargestellt, wie die deutsche Politik hierauf reagieren und ein ordnungspolitisches Umfeld schaffen könnte, das günstig wäre, um die wirtschaftlichen Potenziale der Zuwanderung zu realisieren. Abschließend wird ein kurzes Fazit gezogen.

2 Migrationskontexte der eingewanderten Bevölkerung

Betrachtet man die historische Entwicklung der Zuwanderung nach Deutschland, stellt der Zweite Weltkrieg eine zentrale Zäsur dar. So wurden in seiner Folge große Gebiete im Osten polnisch und sowjetisch, die während der Weimarer Republik zu Deutschland gehörten und teilweise dicht von Deutschen

besiedelt waren. Damit einhergehend kam es zur Flucht und Vertreibung großer Teile der bis dahin dort lebenden Bevölkerung. Insgesamt zogen in den Jahren von 1944 bis 1948 rund 7,2 Millionen von dort in das Gebiet der heutigen Bundesrepublik (BpB, 2022a). Gleichzeitig flohen rund 4,7 Millionen Deutschstämmige aus anderen Teilen Mittel- und Osteuropas oder wurden vertrieben. Sie wurden in der Nachkriegszeit vor dem Hintergrund der Entwicklungen während der Zeit des Nationalsozialismus immer als Teil der deutschen Nation verstanden. Das war ein wesentlicher Grund dafür, dass in der amtlichen Statistik grundsätzlich nur die Staatsangehörigkeit und nicht das Geburtsland erfasst wurde. Noch heute werden diese Menschen nicht als zugewandert gewertet, was zur Folge hat, dass ihren Kindern kein Migrationshintergrund zugeschrieben wird (Statistisches Bundesamt, 2022b).

Trotz der massiven Flucht- und Vertreibungsbewegungen verblieben auch über das Ende des Zweiten Weltkriegs und die unmittelbare Nachkriegszeit hinaus größere deutschstämmige Gruppen in den Staaten des späteren Warschauer Pakts. Dort wurden sie häufig sehr stark diskriminiert. Innerhalb der Sowjetunion lebten sie vielfach außerhalb ihrer ursprünglichen Siedlungsgebiete, da während des Zweiten Weltkriegs eine Umsiedlung in den asiatischen Bereich, insbesondere nach Kasachstan, erfolgt war (Eisfeld, 2017). In späteren Jahren war für diese Menschen die Ausreise in die Bundesrepublik nur noch sehr schwer möglich. Daher wurde hier die Aufnahme der deutschstämmigen Bevölkerung aus dem Osten infolge des Zweiten Weltkriegs nicht als abgeschlossen betrachtet. Gelangten Angehörige dieser Bevölkerungsgruppe nach der Phase von Flucht und Vertreibung in die Bundesrepublik, wurden sie als Aussiedler den Inländern unmittelbar nach der Einreise gleichgestellt. Gleiches galt auch für Bürger der damaligen DDR (Panagiotidis, 2017).

Ab den späten 1980er Jahren konnten die deutschstämmigen Gruppen wieder einfacher nach Deutschland kommen, was zu einer starken Zuwanderungsbewegung führte. Insgesamt wurden in den Jahren zwischen 1988 und 1997 rund 2,4 Millionen (Spät-)Aussiedler (bei bis zum Jahr 1992 Eingereisten wird von Aussiedlern und bei später Gekommenen von Spätaussiedlern gesprochen) registriert (Bundesverwaltungsamt, 2022; eigene Berechnungen), die teilweise zusammen mit nicht deutschstämmigen Familienangehörigen zureisten. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs wurden die deutschstämmigen Gruppen in

den ehemaligen Ostblockstaaten in der Regel gar nicht mehr an der Ausreise gehindert, sodass letztlich keine Veranlassung mehr bestand, ihnen vor dem Hintergrund des Zweiten Weltkriegs noch längerfristig weiter einen rechtlichen Sonderstatus zu gewähren. So wurde mit der Reform des Bundesvertriebenengesetzes vom 1. Januar 1993 festgelegt, dass nur noch Personen aus der ehemaligen Sowjetunion, die vor dem 1. Januar 1993 geboren wurden, einen entsprechenden Rechtsstatus als Spätaussiedler erhalten können (Worbs et al., 2013). Daher wandern inzwischen kaum noch Deutschstämmige zu, die den Inländern in Deutschland unmittelbar gleichgestellt sind.

Auch wenn die Aufnahme der (Spät-)Aussiedler also weitestgehend abgeschlossen ist, stellen sie heute einen bedeutenden Teil der zugewanderten Bevölkerung in Deutschland dar und ihre sehr spezifische Migrationsgeschichte muss bei entsprechenden Analysen berücksichtigt werden. Anders als die während und unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg Geflüchteten werden sie in der amtlichen Statistik als zugewandert gewertet, sodass auch ihren Kindern ein Migrationshintergrund zugeschrieben wird (Statistisches Bundesamt, 2022b). So hatten der amtlichen Statistik zufolge im Jahr 2019 insgesamt rund 1,2 Millionen Einwohner einen kasachischen Migrationshintergrund (Statistisches Bundesamt, 2021), obschon in Deutschland keine größere kasachische Community existiert.

In den folgenden Analysen werden grundsätzlich nur selbst zugewanderte Personen betrachtet. Aus diesem Grund muss die hochkomplexe Frage hier nicht weiter thematisiert werden, wann die Zuschreibung eines Migrationsstatus an Menschen gerechtfertigt ist, die in Deutschland geboren sind (Geisthöne, 2021c). Zudem erfolgt die Abgrenzung in den eigenen Auswertungen des Mikrozensus ausschließlich anhand der Frage „Sind Sie auf dem heutigen Staatsgebiet von Deutschland geboren?“ (Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2019, 49), sodass keine spezifische Differenzierung zwischen den Vertriebenen des Zweiten Weltkriegs und den Aussiedlern vorgenommen wird. Dass Erstere in der Stichprobe enthalten sind, hat keinen wesentlichen Einfluss auf die Ergebnisse. Auch die Jüngsten unter ihnen waren im hauptsächlich betrachteten Jahr 2019 bereits über 70 Jahre alt und lagen damit weit außerhalb des für den Arbeitsmarkt relevanten Altersbereichs. Der Blick auf das Jahr 2019 als hauptsächlichen Bezugszeitpunkt hat den Vorteil, dass

Der Mikrozensus als Datengrundlage

Der Mikrozensus ist Teil der amtlichen Statistik in Deutschland. Er liefert für diese die Daten zu sehr verschiedenen Themenbereichen, etwa zu Familienstrukturen, Bildungsstand und Arbeitszeiten. Er basiert auf einer jährlich stattfindenden Befragung von rund 810.000 Personen in 370.000 privaten Haushalten und Gemeinschaftsunterkünften, was etwa 1 Prozent der Bevölkerung entspricht. Die Auswahl der Teilnehmer erfolgt dabei nicht direkt, sondern anhand der Wohngebäude, die in einem rotierenden System jeweils bis zu viermal in Folge Teil der Stichprobe sind. So werden grundsätzlich auch Zuwanderer befragt, die nach der Stichprobenziehung ins Land gekommen sind. Allerdings findet die Erhebung unterjährig und nicht zu einem festen Zeitpunkt statt, sodass die im jeweiligen Jahr Zugewanderten nur teilweise erfasst werden. Daher wurden diese bei den vorliegenden Betrachtungen komplett außer Acht gelassen. Die Gefahr von Verzerrungen durch die Nichtteilnahme einzelner Personengruppen oder Antwortausfälle ist beim Mikrozensus sehr gering, da in weiten Teilen eine gesetzlich verankerte Auskunftspflicht besteht (Statistisches Bundesamt, 2022c).

die Ergebnisse mit Bezug zum Arbeitsmarkt nicht von den Auswirkungen der Corona-Pandemie überlagert werden, die die Lage in den Jahren 2020 und 2021 stark geprägt hat.

Die erste größere Zuwanderungsbewegung in die Bundesrepublik, die nicht in direktem Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg steht, war die Anwerbung von Gastarbeitern im Mittelmeerraum in den Jahren von 1955 bis 1973. Hintergrund waren Vollbeschäftigung und Arbeitskräfteengpässe, die durch das Zusammenspiel verschiedener Faktoren ausgelöst wurden. Zu diesen zählen vor allem vergleichsweise kleine an den Arbeitsmarkt nachrückende Jahrgänge, eine Verlängerung der Ausbildungszeiten und eine Verkürzung der Wochenarbeitszeiten (Höhne et al., 2014). Anders als heute war dabei besonders vor dem Hintergrund der Geburtenentwicklung abzusehen, dass die Problemlage nicht längerfristig andauern würde, sodass man sich für ein sogenanntes Rotationsprinzip entschied. Dieses sah vor, dass sich die Angeworbenen nur relativ kurz in Deutschland aufhalten und nicht dauerhaft niederlassen sollten (BpB,

2020). So kamen über den gesamten Zeitraum von 1955 bis 1973 rund 14 Millionen Gastarbeiter nach Deutschland und 11 Millionen kehrten wieder zurück (BpB, 2022b). Obwohl der Zuzug der Gastarbeiter größtenteils tatsächlich nur temporär war, kam es zu einer substanziellen dauerhaften Einwanderung, die starke ethnische Communities entstehen ließ.

Für den deutschen Arbeitsmarkt heute sind die ehemaligen Gastarbeiter selbst kaum noch von Bedeutung, da sie inzwischen in aller Regel das Renteneintrittsalter erreicht haben. Sehr wohl trifft das jedoch auf die später nachgekommenen Familienangehörigen zu, die in den Folgejahren insbesondere zu einem weiteren starken Anwachsen der türkischen Community in Deutschland geführt haben (BpB, 2020). Auch sind die in Deutschland geborenen Kinder und Enkel der Gastarbeiter inzwischen am Arbeitsmarkt aktiv. Allerdings sind diese keine Zuwanderer, sondern integrale Bestandteile der deutschen Nation, wenn man diese anhand des Geburtsortsprinzips abgrenzt, was seit der Staatsangehörigkeitsrechtsreform des Jahres 2000 immer stärker der Fall ist. Dabei spielt auch keine Rolle, ob sich die Nachfahren der Zuwanderer selbst den ethnischen Communities zurechnen oder nicht.

Ein weiterer migrationspolitischer Meilenstein ist die bereits im Jahr 1957 in den Römischen Verträgen angelegte und im Jahr 1968 endgültig in Kraft getretene Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der Europäischen Union (BpB, 2018). Sehr große Bedeutung für die Entwicklung der Beschäftigung in Deutschland erhielt diese allerdings erst in den 2010er Jahren. Damals kamen in ihrem Rahmen vor allem aus Polen, Rumänien, Bulgarien, Kroatien und Ungarn viele Arbeitskräfte nach Deutschland (Geis-Thöne, 2020a). Diese Länder sind der EU erst in den Jahren 2004, 2007 und 2013 beigetreten und es galten für sie noch bis zu den Jahren 2011, 2014 und 2015 Beschränkungen bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit, sodass diese Wanderungsbewegung in unmittelbarem zeitlichem Zusammenhang mit der kompletten Öffnung des Arbeitsmarktes stand. Dabei ging und geht sie fast nur in die eine Richtung. Innerhalb Westeuropas ist hingegen eine zunehmende Zirkulation von Arbeitskräften zu beobachten. Dies ist für die Bewertung des Beitrags zur Arbeitskräftebasis und Fachkräftesicherung von großer Bedeutung. Es ergibt sich nämlich kein positiver Nettoeffekt, wenn in gleichem Umfang entsprechend qualifizierte Personen das Land verlassen.

Große Bedeutung für das Migrationsgeschehen der letzten Jahre hatte auch die Aufnahme nicht deutschstämmiger Geflüchteter. So wurden allein in den Jahren 2015 und 2016 zusammen insgesamt rund 1,2 Millionen Asylanträge in Deutschland gestellt, wobei Syrien, Afghanistan und der Irak die bedeutendsten Herkunftsländer waren (BAMF, 2022). Zuvor hatte die Aufnahme von Asylsuchenden schon einmal in den frühen 1990er Jahren im Umfeld der Jugoslawienkriege Spitzenwerte erreicht, die allerdings deutlich unter dem Niveau der 2010er Jahre lagen. Darüber hinaus haben in den letzten Jahrzehnten noch viele weitere Migrationsprozesse stattgefunden, die sich in der heutigen Einwanderergesellschaft in Deutschland ebenso widerspiegeln, in ihrer quantitativen Bedeutung an die genannten jedoch nicht heranreichen. Beispielsweise gilt dies für den verstärkten Zuzug von hochqualifizierten Fachkräften aus Indien in den 2010er Jahren (Geis-Thöne, 2022a).

Erfolgt in empirischen Analysen – wie im Folgenden – eine Differenzierung nach den Herkunftsregionen der Zuwanderer, muss bei der Interpretation der Ergebnisse beachtet werden, dass sich daraus nur sehr bedingt auf die Migrationskontexte schließen lässt. So ist etwa Rumänien sowohl das Geburtsland vieler Aussiedler als auch das Herkunftsland eines großen Teils der Menschen, die in den letzten Jahren im Rahmen der Freizügigkeit zugezogen sind. Zwischen den Angehörigen dieser beiden Gruppen besteht zumeist kein gemeinsames soziales Netzwerk oder ein andersartiger Bezug. Für die in Kroatien geborenen Zuwanderer sind sogar drei Migrationskontexte besonders relevant: die Anwerbung von Gastarbeitern in Jugoslawien in den 1960er und 1970er Jahren, die Aufnahme Geflüchteter in den 1990er Jahren und die starke Erwerbsmigration im Kontext der Freizügigkeit in den 2010er Jahren. Liegen anders als im für die folgenden Untersuchungen verwendeten Mikrozensus keine Angaben zu den Migrationskontexten vor, kann in solchen Fällen eine Differenzierung nach Zuwanderungszeitpunkten sehr hilfreich sein. Allerdings ist dabei zu beachten, dass jeweils gegebenenfalls in späteren Jahren noch Familienangehörige nachziehen, deren Zuwanderung nicht unabhängig von den zuerst Zugewanderten zu sehen ist.

Kann man wie im Folgenden nach Wanderungsmotiven differenzieren, führt der Familiennachzug bei der Interpretation der Ergebnisse zu einer großen Herausforderung. Ziehen Ehepartner und Kinder mit Fachkräften aus dem

Ausland zu oder kurze Zeit später zu diesen nach, sind ihre Zuzüge in aller Regel untrennbar mit dieser Erstzuwanderung verbunden. Entsprechend müssten sie ihr bei Analysen der Migrationsprozesse und ihrer Auswirkungen an sich zugerechnet werden, obschon sie in einem anderen zuwanderungsrechtlichen Kontext erfolgen. Gehen hingegen im Inland lebende Personen außerhalb bereits bestehender sozialer Netzwerke Partnerschaften mit Menschen im Ausland ein und holen diese zu sich, handelt es sich um eigenständige Migrationsprozesse, die unabhängig von den anderen Wanderungsbewegungen zu sehen sind. Dabei ist in empirischen Analysen eine Differenzierung zwischen diesen beiden Teilbereichen des Familiennachzugs kaum möglich.

Insgesamt lebten den Angaben im Mikrozensus zufolge im Jahr 2019 rund 15,9 Millionen Menschen in Deutschland, die außerhalb des Gebiets der Bundesrepublik geboren und bis zum Jahr 2018 zugewandert waren. Das entspricht einem Anteil von 19,2 Prozent der Gesamtbevölkerung (DOI: 10.21242/12211.2019.00.00.1.1.1.; eigene Berechnungen). Gegenüber der entsprechenden Fachserie des Statistischen Bundesamts (Statistisches Bundesamt, 2021) sind die hier dargestellten Werte etwas höher. Das liegt daran, dass Letztere nicht nur Einwohner in privaten Haushalten umfassen, sondern auch solche in Gemeinschaftsunterkünften, wie Erstaufnahmeeinrichtungen für Asylsuchende und Pflegeeinrichtungen für ältere und behinderte Menschen. Beschränkt man sich auf den für den Arbeitsmarkt besonders relevanten Altersbereich zwischen 25 und 64 Jahren, in dem die Ausbildung in aller Regel bereits abgeschlossen und das Renteneintrittsalter noch nicht erreicht ist, lag die Gesamtzahl der Zuwanderer im Jahr 2019 bei 10 Millionen und ihr Anteil bei 22,2 Prozent (DOI: 10.21242/12211.2019.00.00.1.1.1.; eigene Berechnungen).

Im Jahr 2007 – also vor Beginn der jüngsten großen Migrationsbewegungen nach Deutschland – lagen die Gesamtzahl der Zugewanderten mit 12,2 Millionen noch um 3,7 Millionen und ihr Anteil an der Bevölkerung mit 14,9 Prozent um 4,3 Prozentpunkte niedriger. In der Altersgruppe der 25- bis 64-Jährigen war der Anstieg zwischen den Jahren 2007 und 2019 mit einem Plus von 4,9 Prozentpunkten sogar noch stärker (DOI: 10.21242/12211.2007.00.00.1.1.0.; eigene Berechnungen). Insgesamt lebten im Jahr 2019 rund 5,1 Millionen seit dem Jahr 2007 Zugewanderte im Land, was einem Anteil von 6,2 Prozent der

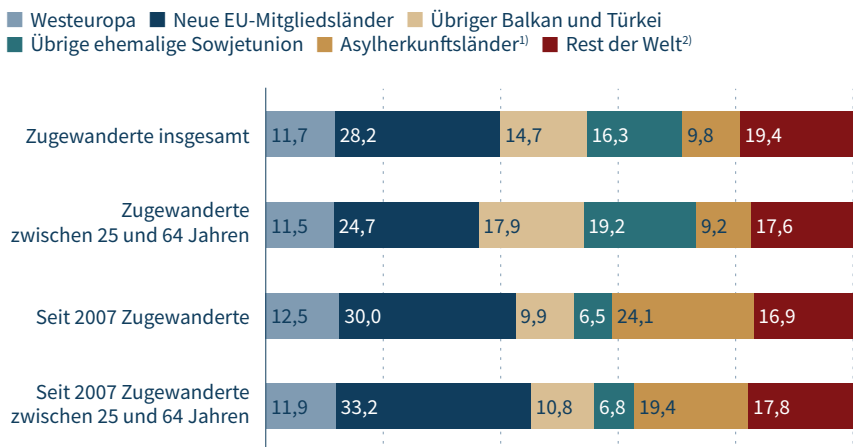
Bevölkerung entspricht. Dass die Veränderung des Zuwandereranteils gegenüber 2007 deutlich kleiner ist als dieser Wert, erklärt sich damit, dass ein Teil der Zuwanderer, die im Jahr 2007 in Deutschland gelebt hatten, in der Zwischenzeit abgewandert oder verstorben ist. Bei den 25- bis 64-Jährigen lag die Zahl der seit dem Jahr 2007 zugewanderten Personen im Jahr 2019 bei 3,4 Millionen und ihr Bevölkerungsanteil bei 7,5 Prozent. Gerade in diesem für den Arbeitsmarkt besonders wichtigen Altersbereich finden sich also sehr viele, die erst in den letzten Jahren zugezogen sind.

Abbildung 1 differenziert bei der zugewanderten Bevölkerung im Jahr 2019 insgesamt wie auch bei denjenigen, die seit dem Jahr 2007 zugewandert sind, nach Herkunftsregionen. In beiden Fällen zeigt sich eine starke Dominanz des östlichen Teils Europas, insbesondere der neuen EU-Mitgliedsländer. Hingegen ist die Bedeutung der Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, die nicht Teil der EU sind, bei den Neuzuwanderern wesentlich geringer als bei der

Zuwanderer nach Herkunftsregion

Abbildung 1

im Jahr 2019, in Prozent



Ohne im Jahr 2019 Zugewanderte.

1) Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien.

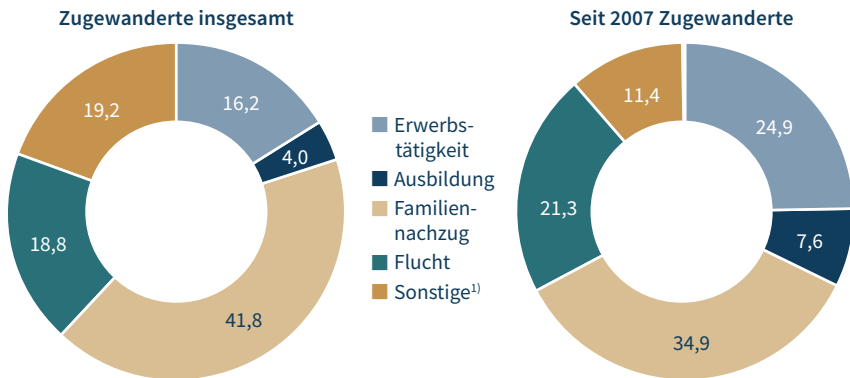
2) Inklusive keine Angabe.

Daten: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/5t6f2jw7tSsdarP>

Quellen: DOI: 10.21242/12211.2019.00.00.1.1.1 – Mikrozensus 2019; eigene Berechnungen

Zuwanderer nach Wanderungsmotiv im Jahr 2019, in Prozent

Abbildung 2



Ohne im Jahr 2019 Zugewanderte.

1) Inklusive keine Angabe.

Daten: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/PMwQYFaaJ9mtss5>

Quellen: DOI: 10.21242/12211.2019.00.00.1.1.1 – Mikrozensus 2019; eigene Berechnungen

zugewanderten Bevölkerung insgesamt. Dies erklärt sich dadurch, dass in den letzten Jahren kaum noch Spätaussiedler nach Deutschland gekommen sind. Dafür liegt, wie vor dem Hintergrund der migrationshistorischen Entwicklungen seit 2007 zu erwarten, der Anteil der Zuwanderer aus den außereuropäischen Asylhauptherkunftsländern an den seither Zugezogenen wesentlich über ihrem Anteil an allen Zuwanderern.

Für die Wanderungsmotive, die im Mikrozensus auf Basis einer Selbstauskunft erfasst werden, ergeben sich die in Abbildung 2 dargestellten Werte. Ein sehr großer Teil entfällt auf den Familiennachzug, aus dem sich, wie oben dargestellt, nicht auf den Kontext des Erstzuzugs schließen lässt. Hinzu kommt noch, dass viele Befragte die nicht weiter ausdifferenzierte Kategorie der „Sonstigen Gründe“ wählen, bei der der konkrete Wanderungskontext ebenso unklar ist. Allerdings entfällt vor allem bei den seit dem Jahr 2007 Zugewanderten mit einem Gesamtanteil von insgesamt 32,4 Prozent ein vergleichsweise großer Teil auf die für die Fachkräftesicherung besonders wichtigen zwei Bereiche der Erwerbs- und Bildungszuwanderung.

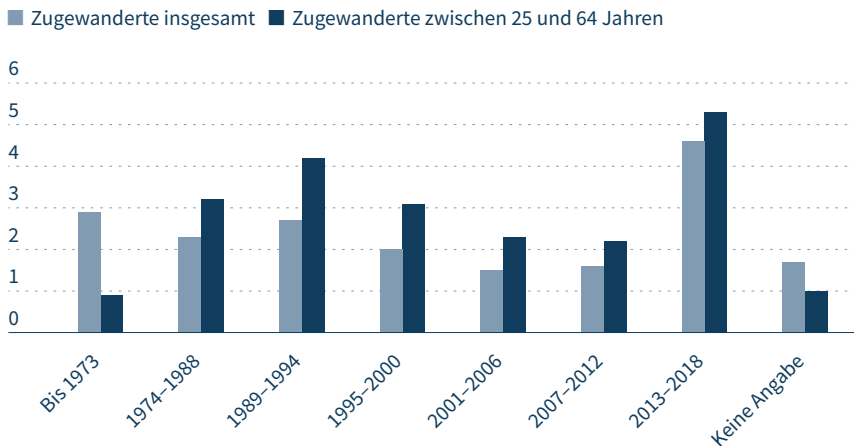
Abbildung 3 nimmt eine noch feinere Differenzierung nach Zuzugsjahren vor. Die Anteile der erst seit dem Jahr 2013 Zugewanderten an der Gesamtbevölkerung und an den Personen im Alter zwischen 25 und 64 Jahren sind mit 4,6 Prozent beziehungsweise 5,3 Prozent sehr groß. Auch diejenigen, die in der Phase des Falls des Eisernen Vorhangs zwischen den Jahren 1989 und 1994 ins Land kamen, weisen hohe Bevölkerungsanteile auf. Dagegen sind die Zuzüge der Zwischenzeit – wie vor dem Hintergrund der migrationshistorischen Entwicklungen zu erwarten – quantitativ deutlich weniger bedeutend. Bemerkenswert ist, dass der Anteil der bis zum Jahr 1973 Zugewanderten mit 2,9 Prozent vergleichsweise überschaubar ist, obwohl diese Kategorie sowohl die Geflüchteten und Vertriebenen des Zweiten Weltkriegs als auch die als Gastarbeiter zugezogenen Menschen umfasst. Bei den für den Arbeitsmarkt besonders relevanten 25- bis 64-Jährigen, die frühestens im Jahr 1955 geboren und zugewandert sein können, sind es sogar nur 0,9 Prozent.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die heute in Deutschland lebende eingewanderte Bevölkerung von sehr verschiedenen historischen Entwicklungen geprägt wurde. Teilweise sind diese bereits abgeschlossen und kommen

Zuwanderer nach Zuzugsjahr

Abbildung 3

im Jahr 2019, in Prozent der Gesamtbevölkerung



Daten: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/Y4EemW53esPHbfb>

Quelle: DOI: 10.21242/12211.2019.00.00.1.1.1 – Mikrozensus 2019; eigene Berechnungen

für die aktuellen Migrationsströme nicht mehr zum Tragen. Insbesondere gilt das weitestgehend für die quantitativ sehr bedeutende Aufnahme der (Spät-) Aussiedler. Auf die wirtschaftliche Entwicklung im Land haben diese Einwanderer allerdings über ihre hier geborenen Kinder und Enkel weiterhin einen Einfluss. Auf diesen soll im Folgenden jedoch nicht näher eingegangen werden, da sich bei einer Betrachtung aller Nachfahren von Eingewanderten ein sehr unübersichtliches Bild ergäbe. Zudem sind diese Nachfahren bei einer Definition nach dem Geburtslandprinzip grundsätzlich der deutschen Nation zuzurechnen. In jedem Fall wird sich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten die Struktur der zugewanderten Bevölkerung in Deutschland nochmals maßgeblich verschieben, sodass die im Folgenden präsentierten Ergebnisse zu ihrem Beitrag zum wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands nur eine Momentaufnahme darstellen. Wollte man hier eine Prognose für die Zukunft treffen, müsste man zunächst vorhersagen, in welchen Kontexten wie viele Menschen zuwandern werden, was kaum seriös möglich ist (Geis-Thöne, 2021a). Jedoch gibt es, wie in Kapitel 7 dargestellt, Anhaltspunkte dafür, in welche Richtung sich die Migrationsströme entwickeln könnten.

3 Beitrag zur demografischen Entwicklung

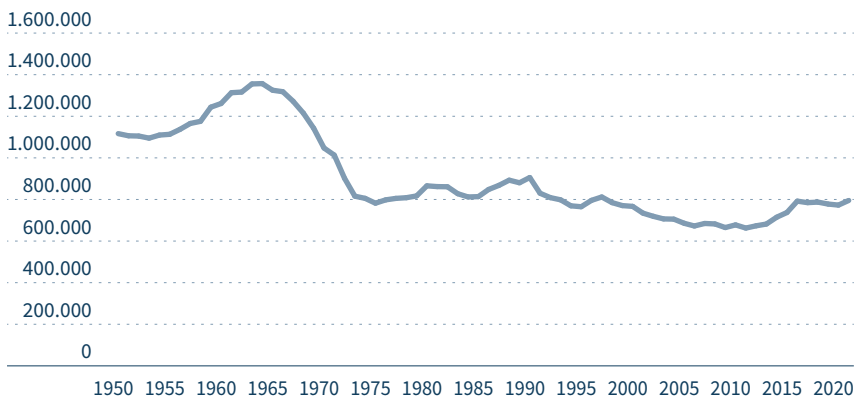
In den nächsten Jahren wird sich die demografische Entwicklung aller Voraussicht nach sehr negativ auf die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und die Stabilität der öffentlichen Haushalte auswirken (Hüther et al., 2021). Daher sollen zunächst die Auswirkungen der Zuwanderung an dieser Stelle in den Blick genommen werden, auch wenn nicht alle Zuwanderer, die die Altersstruktur der hiesigen Bevölkerung verbessern, auch am hiesigen Arbeitsmarkt Fuß fassen und tatsächlich einen Beitrag zum wirtschaftlichen Erfolg des Landes leisten.

Um das konkrete Problem besser fassen zu können, ist zunächst ein Blick auf die Entwicklung der Geburtenzahlen in Deutschland in den letzten Jahrzehnten hilfreich. In der ersten Hälfte der 1950er Jahre – frühere Werte sind vor dem Hintergrund von territorialen Verschiebungen und Flucht und Vertreibung

Geburten in Deutschland

Bundesrepublik und DDR

Abbildung 4



Daten: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/pDcqtTMwKaMDqmx>

Quelle: Statistisches Bundesamt, 2022d

nicht vergleichbar – lagen die jährlichen Geburten für die Bundesrepublik und die DDR zusammen, wie Abbildung 4 zeigt, auf einem Niveau von rund 1,1 Millionen. Dann erfolgte ein kontinuierlicher Anstieg bis auf fast 1,4 Millionen in den Jahren 1963 und 1964. Gleichzeitig konnte in dieser Zeit die Säuglingssterblichkeit erheblich reduziert werden (BIB, 2022), sodass die Jahrgangsstärken längerfristig noch deutlicher zunahmten als die Geburtenzahlen. Bis zum Jahr 1975 kam es dann zu einem regelrechten Einbruch der Geburtenzahl auf nur noch 782.000. In der Folge schwankte sie auf dem niedrigen Niveau zwischen 800.000 und 900.000. In den 2000er Jahren war dann nochmals ein vorübergehender Rückgang bis auf nur noch 663.000 im Jahr 2011 zu verzeichnen.

Solange die besonders geburtenstarken Jahrgänge der 1950er und 1960er Jahre im erwerbsfähigen Alter waren, verfügte Deutschland über eine im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung sehr große Arbeitskräftebasis. Das ändert sich mit ihrem Übergang in den Ruhestand derzeit zunehmend. Verstärkend kommt hinzu, dass die auf dem Arbeitsmarkt nachrückenden Jahrgänge der 2000er Jahre besonders klein sind. Damit einhergehend können Unternehmen frei werdende (Fachkräfte-)Stellen immer häufiger nicht neu besetzen, was sich

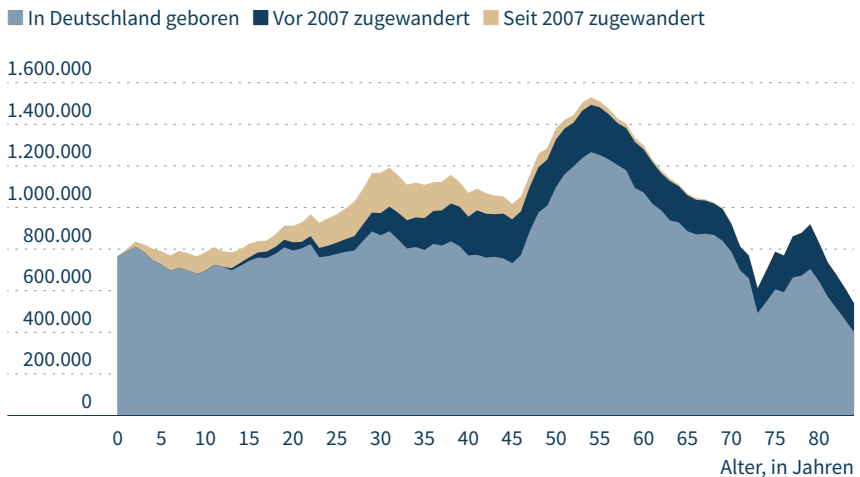
sehr negativ auf ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit auswirken kann. Zudem ergeben sich große Herausforderungen für die öffentlichen Haushalte, da in den umlageorientierten sozialen Sicherungssystemen immer weniger Nettobeitragszahler immer mehr Leistungsbeziehern gegenüberstehen. Diese Prozesse lassen sich zwar durch Maßnahmen in verschiedenen Bereichen, wie Anpassungen der rentenrechtlichen Regeln, deutlich abmildern (Geis-Thöne, 2021a). Das grundlegende Problem lässt sich jedoch nur durch Zuwanderung verkleinern. Selbst höhere Geburtenzahlen sind erst sehr langfristig hilfreich, da es mehr als zwei Jahrzehnte dauert, bis diese sich positiv auf die Arbeitskräftebasis auswirken.

In Abbildung 5 wird die Altersstruktur der deutschen Bevölkerung im Jahr 2019 differenziert nach im Inland Geborenen sowie vor und seit dem Jahr 2007 Zugezogenen dargestellt. Es zeigt sich, dass die Zuwanderung der letzten Jahrzehnte die Auswirkungen des Geburteneinbruchs der 1960er und 1970er

Zuwanderer nach Alter

Abbildung 5

Bestand im Jahr 2019



Ohne im Jahr 2019 Zugewanderte.

Daten: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/yBgWF9B9XWfWnRq>

Quelle: DOI: 10.21242/12211.2019.00.00.1.1.1 – Mikrozensus 2019; eigene Berechnungen

Jahre deutlich verringert hat. Gleichzeitig hat sie gerade die besonders geburtenstarken Kohorten noch weiter gestärkt.

Betrachtet man nur die seit dem Jahr 2007 Zugewanderten, finden diese sich besonders häufig im Altersbereich zwischen 25 und 34 Jahren. Das ist im Hinblick auf die Arbeitskräfteverfügbarkeit sehr günstig, da diese Altersgruppe noch sehr lange am Arbeitsmarkt aktiv bleiben und zur Sicherung der Arbeitskräftebasis in Deutschland beitragen wird. Sollte es in den nächsten Jahren weiterhin zu starken Migrationsströmen nach Deutschland kommen, dürfte dies vor allem den noch jüngeren Geburtsjahrkohorten zugutekommen, die bisher nur in beschränktem Maß von Zuwanderung profitieren konnten. Ziehen Menschen in ein anderes Land um, tun sie das nämlich zumeist zwischen dem Erreichen der Volljährigkeit und der Mitte der vierten Lebensdekade (Geis-Thöne, 2022b).

Die längerfristigen Wirkungen der Zuwanderung auf die demografische Entwicklung lassen sich nur ermitteln, wenn die Nachfahren der Zugewanderten mitberücksichtigt werden, die hier gezielt ausgeklammert wurden (vgl. Kapitel 2). Berechnungen von Geis-Thöne (2021b) zufolge hat die Zuwanderung seit dem Jahr 2007 das Verhältnis zwischen der Anzahl der 20- bis 29-Jährigen und der der 60- bis 69-Jährigen von 87,5 je 100 auf 99,5 je 100 im Jahr 2017 verbessert. Das hat dazu geführt, dass die in den Ruhestand übergehenden Jahrgänge noch länger fast vollständig durch auf dem Arbeitsmarkt nachrückende Personen ersetzt werden konnten. Vergleicht man die 10- bis 19-Jährigen mit den 50- bis 59-Jährigen im Jahr 2017, ist das Verhältnis ohne die Neuzuwanderung mit 55,8 zu 100 allerdings noch weit ungünstiger, sodass die entstehenden Lücken kaum mehr geschlossen werden können dürften.

Jedoch wird sich die Lage umso besser darstellen, je mehr Menschen in den nächsten Jahren zuziehen. Vor dem Hintergrund der typischen Wanderungsmuster im Lebenslauf ist nämlich davon auszugehen, dass sie vorwiegend die besonders geburtenschwachen jüngeren Kohorten der 2000er-Geburtsjahre stärken würden (siehe oben). Auch ist an dieser Stelle zu bemerken, dass ausländische Frauen in Deutschland den Geburtenzahlen des Jahres 2020 zufolge im Lauf ihres Lebens durchschnittlich 2,0 Kinder zur Welt bringen, Inländerinnen aber nur 1,4 Kinder (Statistisches Bundesamt, 2022d). Sollte es im nächs-

ten Jahrzehnt zu einer weiterhin starken Zuwanderung kommen, dürfte das die demografische Entwicklung also in noch stärkerem Maß stabilisieren, als es in den vergangenen Jahren schon der Fall war.

4 Beitrag zur Qualifikationsbasis

Obwohl die Unternehmen immer größere Probleme haben, ihre offenen Stellen zu besetzen, tun sich einige Zuwanderergruppen nach wie vor schwer, am deutschen Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Besonders gilt dies für die in den letzten Jahren ins Land gekommenen Geflüchteten (Geis-Thöne, 2021c). Grund hierfür ist, dass zur Ausübung vieler Berufe sehr spezifische Fachkenntnisse notwendig sind, die viele von ihnen weder mitbringen noch auf Basis ihrer bei der Einreise vorhandenen Qualifikationen in Deutschland zeitnah erwerben können. So können erwachsene Zuwanderer, die nur wenige Jahre eine Schule besucht und größere Lücken bei grundlegenden Fähigkeiten wie Lesen, Schreiben und Rechnen haben, fast nur für einfache Helfertätigkeiten eingesetzt werden.

Damit greift eine rein demografische Betrachtung mit Blick auf den möglichen Beitrag der Zuwanderung zur langfristigen Entwicklung der Arbeitskräftebasis zu kurz. Daher wird in Abbildung 6 eine Differenzierung nach Bildungsstand vorgenommen, um ihren Beitrag in den einzelnen Qualifikationsgruppen zu ermitteln. Besonders groß ist dieser im akademischen Bereich. So war im Jahr 2019 mit 20,5 Prozent rund jeder Fünfte mit Hochschulabschluss im Alter zwischen 25 und 64 Jahren im Lauf des Lebens aus einem anderen Land zugewandert. Im Jahr 2007 lag der Anteil noch bei 15,5 Prozent.

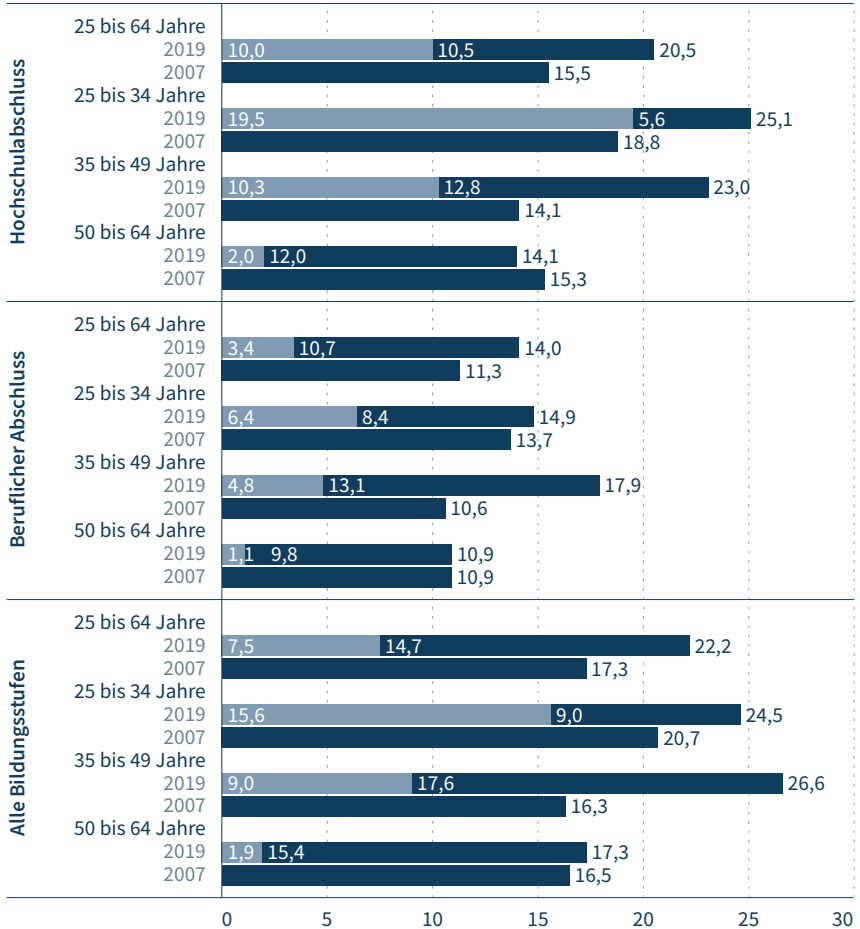
In der für die langfristige Sicherung der Fachkräftebasis besonders relevanten Altersgruppe zwischen 25 und 34 Jahren war im Jahr 2019 sogar jeder vierte Akademiker zugewandert. Dabei lag allein der Anteil der seit dem Jahr 2007 zugezogenen Akademiker an allen Akademikern zwischen 25 und 64 Jahren bei 10,0 Prozent und an den Akademikern zwischen 25 und 34 Jahren bei 19,5 Prozent. Unter allen Zuwanderern in den jeweiligen Altersgruppen liegen die entsprechenden Werte mit 7,5 Prozent und 15,6 Prozent deutlich niedriger. Gerade

Zuwanderer nach Bildungsstand

Abbildung 6

Anteil an der jeweiligen Qualifikationsgruppe, in Prozent

■ Seit 2007 zugewandert ■ Vor 2007 zugewandert



Ohne im jeweiligen Erhebungsjahr Zugewanderte.

Daten: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/9rdjDXWj7Cbgmtj>

Quellen: DOI: 10.21242/12211.2019.00.00.1.1.1 – Mikrozensus 2019;

DOI: 10.21242/12211.2007.00.00.1.1.0 – Mikrozensus 2007; eigene Berechnungen

durch die Zuwanderung der letzten Jahre wurde also die hochqualifizierte Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in substanziellem Maß gestärkt. Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass akademisch Qualifizierte auch häufiger aus Deutschland abwandern. Darum ist bei ihnen mehr Zuwanderung zum Bestandserhalt notwendig als bei anderen Qualifikationsgruppen (Geis-Thöne, 2022c).

Bei der Bevölkerung mit beruflichen Abschlüssen liegen die Anteile der Zuwanderer insgesamt mit 14 Prozent (2019) und der seit 2007 Zugezogenen mit 3,4 Prozent relativ niedrig. Dies geht teilweise darauf zurück, dass sich die Bildungssysteme international gerade im mittleren Qualifikationsbereich sehr stark unterscheiden und zu den deutschen Abschlüssen vielfach keine direkten Äquivalente vorliegen (Baczak et al., 2020). Gleichzeitig sind in den letzten Jahren und Jahrzehnten allerdings auch viele Menschen ins Land gekommen, die in den teilweise von Kriegen betroffenen Herkunftsländern nach den hiesigen Standards tatsächlich nur ein geringes Maß an Bildung genossen haben.

Wechselt man die Perspektive, hatten im Jahr 2019 nur 59,3 Prozent der seit dem Jahr 2007 Zugewanderten und 57,0 Prozent der bis dahin Zugewanderten im Alter zwischen 25 und 64 Jahren einen berufsqualifizierenden Abschluss im beruflichen oder hochschulischen Bereich. Zum Vergleich: Bei der im Inland geborenen Bevölkerung in diesem Alter waren es 88,8 Prozent (DOI: 10.21242/12211.2019.00.00.1.1.1; eigene Berechnungen). Ohne die Zuwanderung der letzten Jahre würde sich die Qualifikationsstruktur der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in Deutschland also tendenziell günstiger darstellen. Allerdings ist eine derartige Betrachtungsweise nur zielführend, wenn davon ausgegangen wird, dass die Wanderungsbewegungen eine Einheit bilden, was in ihrer Gesamtheit auf sie nicht zutrifft.

Dies wird aus der in Abbildung 7 vorgenommenen Differenzierung nach Herkunftsregionen und Wanderungsmotiven deutlich. So liegen die Anteile der seit dem Jahr 2007 aus Westeuropa, der übrigen ehemaligen Sowjetunion (ohne die EU-Mitglieder) und dem Rest der Welt Zugezogenen im Alter von 25 bis 64 Jahren mit akademischer Qualifikation an der gleichaltrigen Gesamtbevölkerung mit gleichem Bildungsstand mehr als doppelt so hoch wie die entsprechenden Anteile über alle Qualifikationsstufen hinweg. Hingegen sind sie bei den übrigen Herkunftsregionen geringer. Bei einer Differenzie-

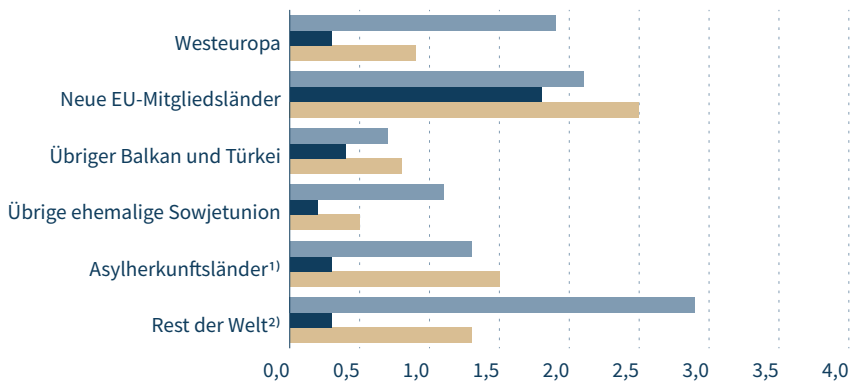
Neu Zugewanderte nach Herkunft, Motiv und Bildung

Abbildung 7

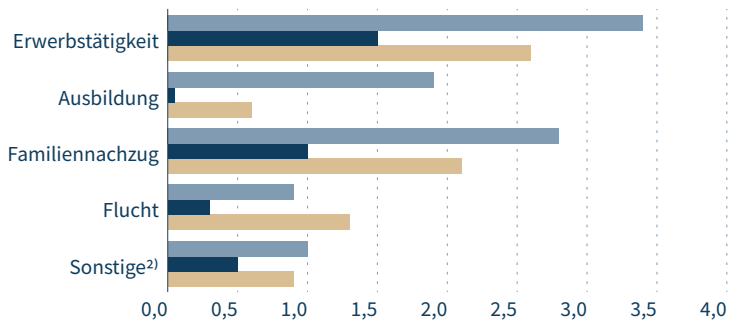
Anteil der seit 2007 Zugewanderten im Alter von 25 bis 64 Jahren an der gleichaltrigen Gesamtbevölkerung mit dem entsprechenden Bildungsstand, in Prozent

- Seit 2007 mit Hochschulabschluss Zugewanderte
- Seit 2007 mit beruflichem Abschluss Zugewanderte
- Seit 2007 Zugewanderte insgesamt

Herkunftsregion



Wanderungsmotiv



Ohne im Jahr 2019 Zugewanderte.

Lesehilfe: Seit 2007 Zugewanderte aus der jeweiligen Herkunftsregion oder mit dem jeweiligen Wanderungsmotiv machten im Jahr 2019 nach Bildungsstand so viel Prozent der Gesamtbevölkerung mit dem entsprechenden Bildungsstand in Deutschland aus.

1) Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien.

2) Inklusive keine Angabe.

Daten: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/XHFNgjQPgGRziL6>

Quellen: DOI: 10.21242/12211.2019.00.00.1.1.1 – Mikrozensus 2019;

DOI: 10.21242/12211.2007.00.00.1.1.0 – Mikrozensus 2007; eigene Berechnungen

nung nach den Wanderungsmotiven zeigt sich: Bis auf die Geflüchteten sind in allen Gruppen die Anteile der Hochqualifizierten an der Gesamtbevölkerung mit diesem Bildungsstand höher als die entsprechenden Anteile über alle Bildungsniveaus hinweg. In besonderem Maß gilt das für die mit einem Ausbildungsmotiv zugewanderten Menschen. Das ist nicht verwunderlich, da Bildungszuwanderer zumeist zum Studium nach Deutschland kommen (Geis, 2017a). Unter den beruflich Qualifizierten sind alle Zuwanderergruppen deutlich schwächer vertreten als unter der Gesamtbevölkerung, wobei auf die seit dem Jahr 2007 aus den neuen EU-Mitgliedsländern Zugewanderten mit 1,8 Prozent ein vergleichsweise hoher Wert entfällt.

Während die demografischen Effekte der Einwanderung sehr stark von den Zuzugszeitpunkten geprägt werden, sind für ihre Auswirkungen auf die Qualifikationsstrukturen also die Wanderungskontexte von zentraler Bedeutung. Dabei wäre ein deutlich anderes Bild vorstellbar, wie das Beispiel Kanadas zeigt. Dort sind die Zuwanderer im Schnitt weitaus höher qualifiziert als die im Inland geborene Bevölkerung (Schmidtke, 2021). In diese Richtung muss sich Deutschland in den nächsten Jahren entwickeln, um die vor dem Hintergrund des demografischen Wandels am Arbeitsmarkt entstehenden Lücken durch Einwanderung tatsächlich ausgleichen zu können. Daher müssen Migrationsformen, die hier besonders günstig wirken, wie in Kapitel 8 aufgezeigt wird, weiter gestärkt werden.

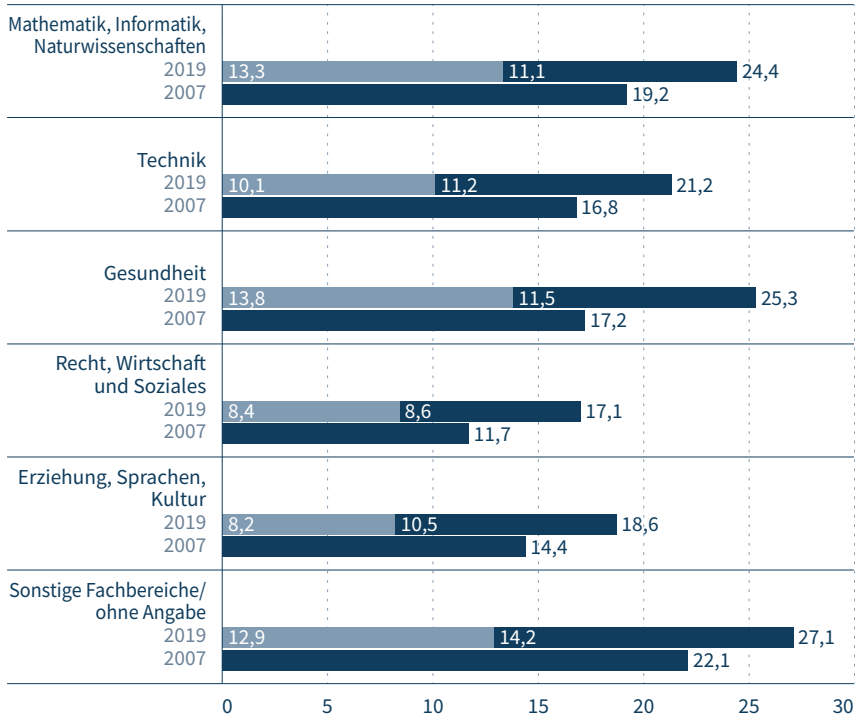
Dabei ist es für den Beitrag der Zuwanderer zur Fachkräftesicherung nicht nur von Bedeutung, welches Bildungsniveau sie erreichen, sondern auch in welchem Fachbereich sie ihre Ausbildung durchlaufen haben. So unterscheidet sich die Fachkräfteversorgung der deutschen Wirtschaft derzeit in den verschiedenen Berufsfeldern sehr stark. Besonders große Engpässe bestehen in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT). Hier ist mit Fortschreiten des demografischen Wandels auch noch eine deutliche Verschlechterung der Lage zu erwarten (Anger et al., 2021). Gleichzeitig ist ein Einsatz von Arbeitskräften mit anderen Qualifikationen in der Regel kaum möglich. So ist es etwa nicht vorstellbar, dass Sprach- oder Wirtschaftswissenschaftler technische Anlagen konstruieren. Ähnliches gilt für die Medizin, bei der eine Beschäftigung Fachfremder bereits aus rechtlicher Sicht nicht möglich wäre.

Zugewanderte Akademiker nach Fachrichtung

Abbildung 8

Anteil an allen Akademikern mit der jeweiligen Fachrichtung im Alter zwischen 25 und 64 Jahren, in Prozent

■ Seit 2007 zugewandert ■ Vor 2007 zugewandert



Ohne im jeweiligen Erhebungsjahr Zugewanderte.

Daten: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/46pScK3JLBE3bno>

Quellen: DOI: 10.21242/12211.2019.00.00.1.1.1 – Mikrozensus 2019;

DOI: 10.21242/12211.2007.00.00.1.1.0 – Mikrozensus 2007; eigene Berechnungen

Daher wurden in Abbildung 8 die Anteile der Zuwanderer an den Akademikern nach Fachrichtungen differenziert dargestellt. Besonders große Werte finden sich mit jeweils rund einem Viertel für den Bereich Gesundheit, in den vorwiegend die Mediziner fallen, sowie den Bereich Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften. Noch stärker stechen diese mit Anteilen von 13,8 Prozent und 13,3 Prozent heraus, wenn man nur die seit dem Jahr 2007 Zugewanderten in den Blick nimmt. Damit lässt sich feststellen, dass die Zuwanderung der letzten Jahre in besonderem Maß Qualifikationsbereiche gestärkt hat, bei denen die Versorgungslage mit Fachkräften in Deutschland besonders ungünstig ist.

Zusammenfassend zeigt sich, dass sich die Zuwanderung der letzten Jahre auf die Qualifikationsstruktur der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in Deutschland zwar tendenziell negativ ausgewirkt hat. Gleichzeitig aber hat sie den Bestand an Hochqualifizierten und besonders an Akademikern mit Abschlüssen in Engpassbereichen deutlich gestärkt. So lässt sich ein positiver Beitrag zur Qualifikationsbasis konstatieren, da sich die Zuwanderung aus einer Vielzahl sehr unterschiedlicher Wanderungsprozesse zusammensetzt, die unabhängig voneinander stattgefunden haben.

5 Beitrag zu Arbeitsangebot und Fachkräftebasis

Nicht alle Menschen im erwerbsfähigen Alter stehen den Unternehmen in Deutschland tatsächlich als Arbeitskräfte zur Verfügung. Nicht der Fall ist dies etwa bei Müttern und Vätern, die sich für eine familienbedingte Auszeit während der ersten Phase des Lebens ihrer Kinder entscheiden. Ebenso ist das Arbeitsangebot junger Menschen, die sich noch in einer akademischen Ausbildung befinden, in der Regel zumindest stark eingeschränkt. Bei Zuwanderern aus Drittstaaten, die zum Studium ins Land gekommen sind, sind selbst aus rechtlicher Sicht nur maximal 120 ganze oder 240 halbe Arbeitstage im Jahr möglich (§ 16 Abs. 3 Aufenthaltsgesetz – AufenthG). Gleichzeitig arbeiten vor allem im hochqualifizierten Bereich viele über die Regelaltersgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung hinaus (Geis-Thöne, 2021a) und tragen damit auch jenseits des erwerbsfähigen Alters zur Fachkräftesicherung bei.

Vor diesem Hintergrund wird in Abbildung 9 nach Bildungsniveaus differenziert dargestellt, wie hoch die Zuwandereranteile im Jahr 2019 an der Erwerbsbevölkerung in Deutschland waren. Dabei setzt diese sich aus den Erwerbstätigen und Erwerbslosen zusammen, wobei die Abgrenzungen den Kriterien der International Labor Organisation (ILO) folgen. So gelten alle Menschen als erwerbstätig, die mindestens 15 Jahre alt sind und mindestens eine Stunde in der Woche arbeiten oder aufgrund spezifischer Faktoren wie Elternzeit oder Krankheit aktuell nicht aktiv, aber formell mit einem Arbeitsplatz verbunden sind (Statistisches Bundesamt, 2022e). Als erwerbslos zählen jene, die sich in den letzten vier Wochen um einen Arbeitsplatz bemüht haben und diesen innerhalb von zwei Wochen antreten könnten (Statistisches Bundesamt, 2022f). Damit werden nur die Personen betrachtet, die den Unternehmen unmittelbar als Arbeitskräfteangebot zur Verfügung stehen. Gerade im Hinblick auf die längerfristigen Effekte der Zuwanderung sind jedoch auch diejenigen von Bedeutung, die etwa im Kontext familiärer Aufgaben zunächst etwas Zeit benötigen, um ihren Alltag neu zu strukturieren. Daher würde mit Blick auf die wirtschaftliche Bedeutung der Zuwanderung ein alleiniger Fokus auf die Erwerbsbevölkerung zu kurz greifen. Die in den vorangegangenen Kapiteln dargestellten Effekte auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter sollten darum ebenfalls berücksichtigt werden.

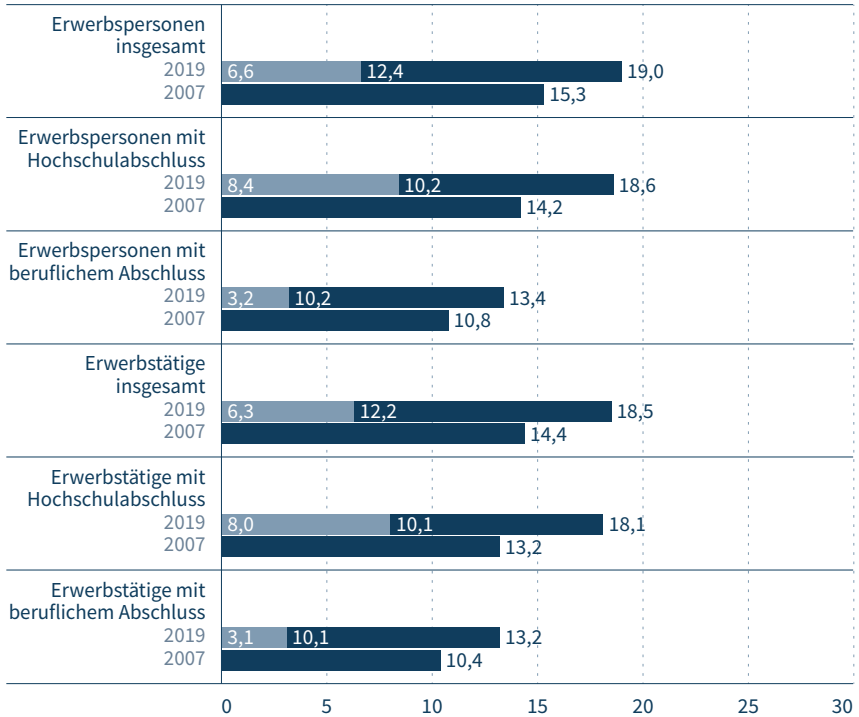
Insgesamt war im Jahr 2019 mit 19,0 Prozent rund ein Fünftel der Erwerbspersonen in Deutschland nicht im Land geboren, wohingegen der Wert im Jahr 2007 erst bei 15,3 Prozent gelegen hatte. Noch deutlich höher als dieser Anstieg um 3,7 Prozentpunkte fiel im Jahr 2019 der Anteil der seit dem Jahr 2007 zugewanderten Erwerbspersonen aus (6,6 Prozent). Dies erklärt sich damit, dass ein Teil der seitdem zugewanderten Erwerbspersonen inzwischen das Land wieder verlassen hat oder altersbedingt aus dem Arbeitsmarkt ausgeschieden ist. Wie angesichts der in Kapitel 4 betrachteten Effekte der Zuwanderung auf die Qualifikationsstruktur der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zu erwarten, lag der Anteil der seit dem Jahr 2007 Zugewanderten mit Hochschulabschluss an allen hochqualifizierten Erwerbspersonen im Jahr 2019 mit 8,4 Prozent noch deutlich höher und das Plus gegenüber dem Jahr 2007 war mit 4,4 Prozentpunkten ebenfalls größer. Dies bestätigt, dass die Zuwanderung der letzten Jahre zur Stärkung der hochqualifizierten Fachkräftebasis in besonderem Maß beigetragen hat.

Zugewanderte Arbeitskräfte nach Bildungsstand

Abbildung 9

Anteil an allen Erwerbspersonen und -tätigen mit entsprechender Qualifikation, in Prozent

■ Seit 2007 zugewandert ■ Vor 2007 zugewandert



Ohne im jeweiligen Erhebungsjahr Zugewanderte.

Daten: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/scnSchz3WxHnZPy>

Quellen: DOI: 10.21242/12211.2019.00.00.1.1.1 – Mikrozensus 2019;

DOI: 10.21242/12211.2007.00.00.1.1.0 – Mikrozensus 2007; eigene Berechnungen

Betrachtet man anstatt der Erwerbspersonen nur die Erwerbstätigen, liegen die einzelnen Anteilswerte der Zugewanderten nur marginal niedriger und das Gesamtbild ändert sich kaum. Dabei wären gerade bei den Neuzuwanderern größere Abweichungen denkbar gewesen. So dürften diese vor dem Hintergrund kurzer Betriebszugehörigkeitsdauern von Personalanpassungen in der Regel besonders stark betroffen sein und sich bei der Suche einer neuen Stelle aufgrund teilweise lückenhafter Deutschkenntnisse oftmals schwertun.

Auf eine Ermittlung von Erwerbstätigenquoten wurde hier verzichtet. Sie haben ohne Eingrenzung auf Personen im erwerbsfähigen Alter keine Aussagekraft. Selbst dann besteht noch das Problem, dass sich die Erwerbsbeteiligung im Lebenslauf strukturell verändert und vor allem die Neuzuwanderer eine andere Altersstruktur aufweisen als die im Inland geborene Bevölkerung. Aus früheren Untersuchungen ist jedoch bekannt, dass die Erwerbstätigenquoten bei den Zuwanderern in Deutschland unter sonst gleichen Bedingungen niedriger liegen als bei den im Inland Geborenen. Allerdings gibt es große Unterschiede zwischen den einzelnen Zuwanderergruppen. So unterscheiden sich in den letzten Jahren aus den neuen EU-Mitgliedsländern nach Deutschland Gekommenen bei der Erwerbstätigkeit gar nicht von den im Inland Geborenen (Geis-Thöne, 2021b).

In Abbildung 10 wurde erneut eine weitere Differenzierung nach Herkunftsregionen und Wanderungsmotiven für die seit dem Jahr 2007 Zugewanderten vorgenommen. Hier stechen die Zuwanderer aus den neuen EU-Mitgliedsländern mit Anteilen von 2,5 Prozent an den Erwerbspersonen und 2,4 Prozent an den Erwerbstätigen sehr stark heraus. Ebenso gilt das für die mit Erwerbsmotiven ins Land eingereisten Personen mit jeweils 2,6 Prozent, wobei anzumerken ist, dass sich die genannten beiden Gruppen sehr stark überschneiden. Etwas größere Unterschiede von 0,2 Prozentpunkten zwischen den Beiträgen zur Erwerbspersonen- und Erwerbstätigenbasis finden sich für die Zuwanderer aus den Asylherkunftsändern und die als Geflüchtete ins Land gekommenen Personen.

Bei den Erwerbstätigen lässt sich statt nach ihrem Bildungsstand auch nach dem Anforderungsniveau der von ihnen ausgeübten Tätigkeiten differenzieren. Gerade bei den Zuwanderern kann sich so vor dem Hintergrund der

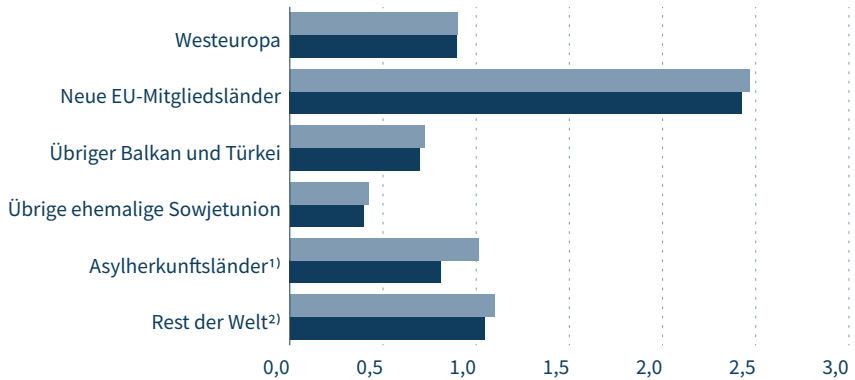
Neu zugewanderte Arbeitskräfte nach Herkunftsregion und Wanderungsmotiv

Abbildung 10

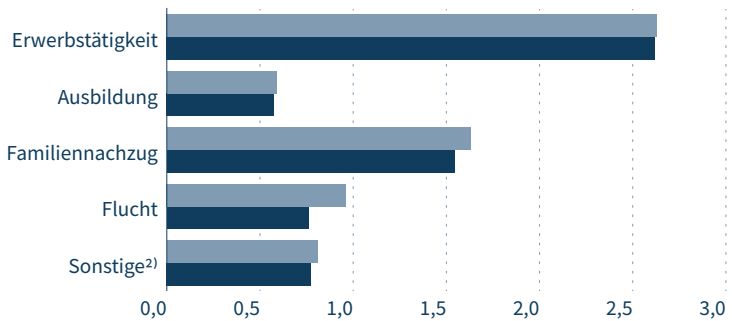
Anteil seit dem Jahr 2007 Zugewanderter an allen Erwerbspersonen und -tätigen im Jahr 2019, in Prozent

- Zugewanderte Erwerbspersonen
- Zugewanderte Erwerbstätige

Herkunftsregion



Wanderungsmotiv



Ohne im Jahr 2019 Zugewanderte.

1) Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien.

2) Inklusive keine Angabe.

Daten: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/Cq4oGdipXjQaxHC>

Quellen: DOI: 10.21242/12211.2019.00.00.1.1.1 – Mikrozensus 2019; eigene Berechnungen

international sehr unterschiedlichen Bildungssysteme ein deutlich anderes Bild ergeben. Beispielsweise werden Pflegekräfte in vielen anderen Ländern an Hochschulen, in Deutschland jedoch im beruflichen System ausgebildet (Lehmann et al., 2019). Wandern sie nun als fertig ausgebildete Fachkräfte zu, bleiben sie einerseits Akademiker, können andererseits aber nur im beruflichen Bereich eine ihren Qualifikationen entsprechende Beschäftigung finden. Zudem kann es vorkommen, dass Zuwanderer etwa vor dem Hintergrund von Lücken bei den Sprachkenntnissen oder einer fehlenden Arbeitskräftenachfrage in ihren erlernten Berufen nicht tätig werden können und sich für einfachere Tätigkeiten entscheiden müssen. Gleichzeitig können die Zuwanderer, die über keinen formalen berufsqualifizierenden Abschluss verfügen, in manchen Fällen in Deutschland dennoch Fachkräftestellen besetzen, da die Inhalte der betrieblichen Ausbildungen in Deutschland in den Herkunftsländern teilweise im Rahmen von reinem Training on the Job vermittelt werden.

Während die meisten Klassifikationssysteme für Berufe diese allein anhand der Arten der Tätigkeit kategorisieren und so nur bedingt Rückschlüsse auf ihr Anspruchsniveau, also das für sie typischerweise notwendige Qualifikationsniveau, zulassen, bildet das Anspruchsniveau in der deutschen Klassifikation der Berufe (KldB 2010) seit der Überarbeitung im Jahr 2010 eine eigene Dimension. So ist ihm die letzte Stelle der fünfstelligen Codes vorbehalten, während die ersten vier die Art der Tätigkeit charakterisieren (Bundesagentur für Arbeit, 2021). Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass manche Tätigkeiten im Arbeitsalltag mit sehr unterschiedlichen Bezeichnungen betitelt werden und gerade in diesen Fällen eine treffsichere Zuordnung bei einer Befragung wie dem Mikrozensus sehr schwierig ist. Konkret sind die vier Stufen beim Anspruchsniveau der Tätigkeit in der Klassifikation der Berufe wie folgt definiert (Bundesagentur für Arbeit, 2021):

- **Experte.** Tätigkeiten, die einen sehr hohen Komplexitätsgrad aufweisen, sodass sie ein entsprechend hohes Kenntnis- und Fertigkeiteniveau erfordern, und für deren Ausübung typischerweise ein mindestens vierjähriges Hochschulstudium notwendig ist.

- **Spezialist.** Tätigkeiten, die komplex sind sowie Spezialkenntnisse und -fähigkeiten erfordern. Voraussetzung für ihre Ausübung ist typischerweise entweder ein beruflicher Fortbildungsabschluss, wie der Meister oder Techniker, oder ein kürzeres Hochschulstudium.
- **Fachkraft.** Fachliche Tätigkeiten, die typischerweise eine zwei- bis dreijährige Berufsausbildung voraussetzen.
- **Helfer.** An- und ungelernte Tätigkeiten sowie Tätigkeiten mit typischerweise einjähriger Ausbildung, wie Pflegehelfer.

Die Anteile der Zuwanderer an den Erwerbstätigen mit Tätigkeiten der oberen drei Anspruchsniveaus, die als qualifiziert gewertet werden können, sind in Tabelle 1 dargestellt. Zusammen betrachtet lag der Anteil aller im Ausland geborenen Erwerbstätigen im Jahr 2019 bei 16,0 Prozent und jener der seit dem Jahr 2007 Zugewanderten bei 5,1 Prozent. Sie waren damit niedriger als die in Abbildung 9 dargestellten Anteile an allen Erwerbstätigen von 18,5 Prozent und 6,3 Prozent. Beachtlich ist dabei, dass die Anteile an den Spezialisten mit 11,3 Prozent für alle Zuwanderer und 3,4 Prozent für die seit dem Jahr 2007

Erwerbstätige Zuwanderer nach Anspruchsniveau

Tabelle 1

Anteil an allen Erwerbstätigen mit Tätigkeiten auf dem jeweiligen Anspruchsniveau im Jahr 2019, in Prozent

	Experte	Spezialist	Experte oder Spezialist	Fachkraft	Experte, Spezialist oder Fachkraft
Zugewanderte insgesamt	14,2	11,3	12,9	18,0	16,0
Seit 2007 zugewandert	5,2	3,4	4,4	5,6	5,1
Seit 2007 aus der EU zugewandert	2,4	1,9	2,2	3,0	2,7
Seit 2007 aus Drittstaaten zugewandert	2,8	1,5	2,2	2,6	2,4
Seit 2007 mit Erwerbs- oder Bildungsmotiven zugewandert	3,6	2,0	2,9	2,7	2,8
Seit 2007 mit anderen Motiven zugewandert	1,5	1,4	1,5	2,9	2,3

Ohne im Jahr 2019 zugewanderte Personen.

Quellen: DOI: 10.21242/12211.2019.00.00.1.1.1 – Mikrozensus 2019; eigene Berechnungen

Zugewanderten besonders niedrig sind. Der Grund hierfür dürfte sein, dass die Bildungswege im Bereich der beruflichen Fortbildungsabschlüsse spezifisch deutsch sind und entsprechend wenige Zuwanderer anschlussfähige Qualifikationen mitbringen.

Unterschiede zeigen sich bei einer Differenzierung nach den Herkunftsregionen und Wanderungsmotiven der seit dem Jahr 2007 Zugewanderten. So arbeiten aus Drittstaaten kommende Personen häufiger auf Expertenniveau, wohingegen sich aus der EU zugezogene Arbeitskräfte eher in Tätigkeiten auf Fachkraftniveau wiederfinden. Ebenso sind Menschen, die aus Erwerbs- und Bildungsmotiven eingereist sind, besonders häufig auf Expertenniveau tätig. Die Zusammenfassungen der Kategorien gegenüber den vorherigen Auswertungen erklären sich dabei damit, dass die Fallzahlen bei der Differenzierung nach Anspruchsniveaus deutlich geringer sind.

Wechselt man die Perspektive, lag der Anteil der Erwerbstätigen, die eine qualifizierte Tätigkeit ausübten, im Jahr 2019 bei allen Zuwanderern bei 63,4 Prozent und bei den seit dem Jahr 2007 Zugezogenen bei 66,7 Prozent – im Vergleich zu 89,8 Prozent bei den im Inland Geborenen (DOI: 10.21242/12211.2019.00.00.1.1.1 – Mikrozensus 2019; eigene Berechnungen). Ein solches Verhältnis war zu erwarten, da die Zuwanderer im erwerbsfähigen Alter – besonders jene im Fluchtkontext –, wie in Kapitel 4 dargestellt, besonders häufig niedrigqualifiziert sind. Würde man die Zuwanderung der letzten Jahre als Einheit betrachten, müsste man vor diesem Hintergrund ihren Beitrag zur Fachkräftesicherung sehr kritisch sehen. Allerdings ist dies aufgrund der zugrunde liegenden sehr unterschiedlichen Wanderungsprozesse nicht zielführend. Der Befund, dass rund jede zwanzigste im Jahr 2019 in einer Tätigkeit mit dem höchsten Anspruchsniveau beschäftigte Arbeitskraft erst seit dem Jahr 2007 zugewandert ist, kann darum für sich allein stehen und sollte dies auch.

Ergänzend zur Betrachtung der Anspruchsniveaus wird in Abbildung 11 noch eine nach den Arten der Tätigkeiten differenzierte Darstellung der Zuwandereranteile vorgenommen. Kategorisiert wurde dabei entsprechend der Abgrenzung der Berufssegmente der Bundesagentur für Arbeit (2015). Zwar fasst diese teilweise sehr unterschiedliche Tätigkeiten zusammen. Eine deutlich

kleinteiligere Aufschlüsselung, bei der dies nicht der Fall wäre, würde jedoch den Rahmen dieser Betrachtung sprengen und wäre in der Tendenz deutlich unübersichtlicher.

Besonders hohe Anteile der Zuwanderer insgesamt, wie auch der seit dem Jahr 2007 zugezogenen Personen, gibt es bei den Reinigungsberufen, den Lebensmittel- und Gastgewerbeberufen sowie den Verkehrs- und Logistikberufen. Bei Erwerbstätigen in gehobenen Positionen mit den Anspruchsniveaus Experte oder Spezialist ändert sich die Verteilung deutlich. Mit 8,3 Prozent findet sich der bei Weitem höchste Anteil der seit dem Jahr 2007 Zugewanderten bei den IT- und naturwissenschaftlichen Dienstleistungsberufen und damit im MINT-Bereich, in dem aktuell besonders große Engpässe bestehen (Anger et al., 2021).

Dass die Zuwanderung der letzten Jahre einen besonders großen Beitrag zur Fachkräftesicherung geleistet hat, zeigt eine Auswertung von Anger et al. (2022) zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung noch deutlicher. Ihr zufolge ist die Zahl der Ausländer in qualifizierten MINT-Berufen zwischen dem vierten Quartal 2012 und dem dritten Quartal 2021 um 79,9 Prozent gestiegen, im Vergleich zu 6,9 Prozent bei den Inländern.

Abschließend wird in Abbildung 12 noch eine nach Branchen differenzierte Betrachtung angestellt. Dabei orientiert sich die verwendete Kategorisierung an den Abschnitten der Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 (Statistisches Bundesamt, 2008). Allerdings wurden vor dem Hintergrund der sehr unterschiedlichen Beschäftigtenzahlen an einigen Stellen Zusammenfassungen und Aufsplittungen vorgenommen.

Besonders hohe Zuwandereranteile zeigen sich im Gastgewerbe, bei den Sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen, die unter anderem die Arbeitnehmerüberlassung, die Wachdienste und das Reinigungsgewerbe umfassen, und im Bereich Verkehr und Lagerei. Bei den seit dem Jahr 2007 Zugewanderten kommt noch das Baugewerbe hinzu. Bei Erwerbstätigen mit Positionen auf Experten- oder Spezialistenniveau findet sich mit 8,4 Prozent der höchste Anteil seit 2007 Zugewanderner im Bereich Information und Kommunikation, gefolgt vom Gastgewerbe mit 7,6 Prozent.

Erwerbstätige Zuwanderer nach Berufsgruppe

Anteil an allen Erwerbstätigen bzw. den Experten und Spezialisten in der jeweiligen Berufsgruppe im Jahr 2019, in Prozent

■ Seit 2007 zugewandert ■ Vor 2007 zugewandert

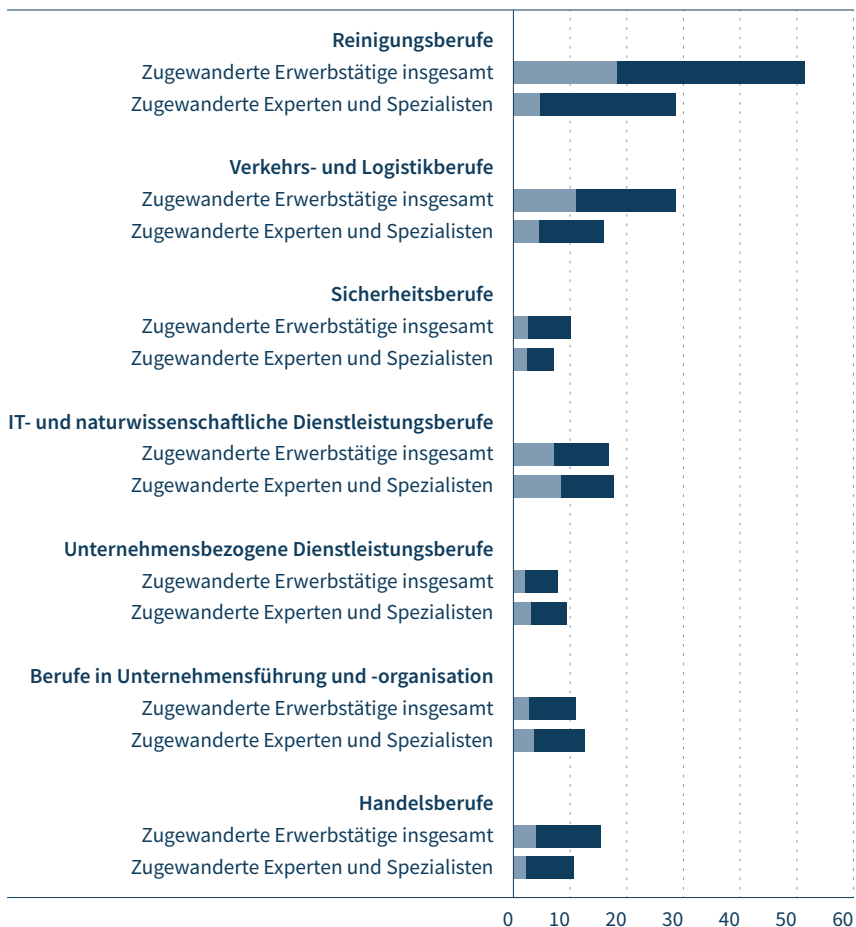
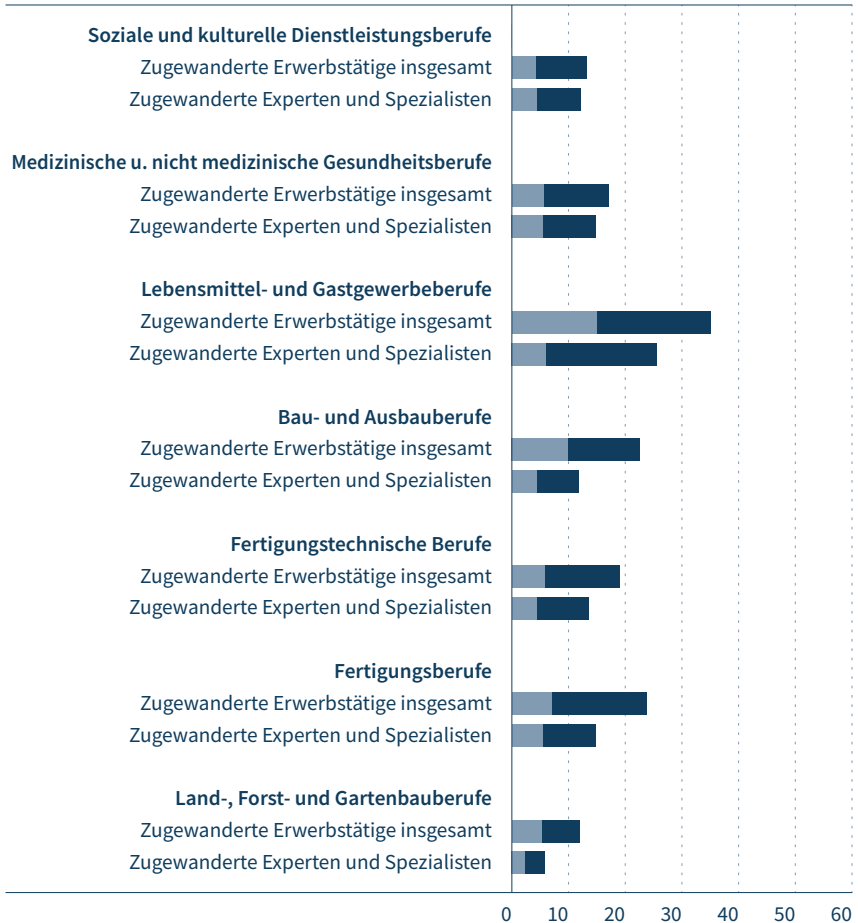


Abbildung 11

■ Seit 2007 zugewandert ■ Vor 2007 zugewandert



Ohne im Jahr 2019 Zugewanderte.

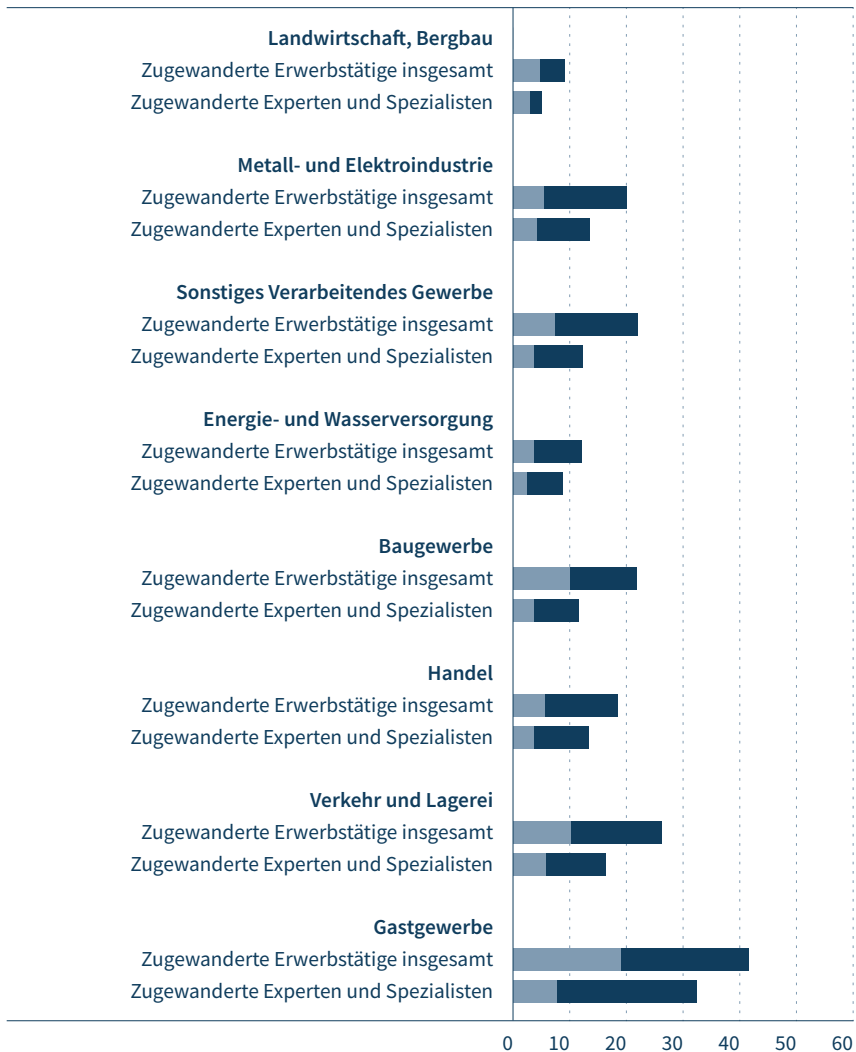
Daten: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/8yearomjbWmFNzx>

Quellen: DOI: 10.21242/12211.2019.00.00.1.1.1 – Mikrozensus 2019; eigene Berechnungen

Erwerbstätige Zuwanderer nach Branche

Anteil an allen Erwerbstätigen bzw. den Experten und Spezialisten in der jeweiligen Branche im Jahr 2019, in Prozent

■ Seit 2007 zugewandert ■ Vor 2007 zugewandert



■ Seit 2007 zugewandert ■ Vor 2007 zugewandert



Ohne im Jahr 2019 Zugewanderte.

Daten: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/ZrQwArqdzYoybZ7>

Quellen: DOI: 10.21242/12211.2019.00.00.1.1.1 – Mikrozensus 2019; eigene Berechnungen

Abgesehen vom IKT-Bereich (Informations- und Kommunikationstechnik) erscheinen die Beschäftigungsschwerpunkte der Zuwanderer am deutschen Arbeitsmarkt für das stark von der industriellen Wertschöpfung getragene Geschäftsmodell Deutschlands (Anger et al., 2014) auf den ersten Blick weniger relevant zu sein. Das könnte ihre Bedeutung für den wirtschaftlichen Erfolg des Landes etwas einschränken. Allerdings benötigen die Industrieunternehmen in Deutschland auch eine ausreichende Transportinfrastruktur, bei deren Betrieb seit einiger Zeit ebenfalls Fachkräftengpässe bestehen (Puls, 2018). Somit ist der Bereich Verkehr und Lagerei ebenfalls von großer Bedeutung. Schon aus diesem Grund ist bei einer kritischen Bewertung der Ergebnisse grundsätzlich Vorsicht geboten.

6 Beitrag zu Unternehmertum und Innovationen

Um den Beitrag der Zuwanderung zum wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands vollständig erfassen zu können, greift ein alleiniger Fokus auf das Arbeitsangebot zu kurz. Das Produktionspotenzial der Wirtschaft wird nämlich auch durch die Faktoren Kapital und Technologie geprägt (Geis-Thöne et al., 2021). Diese werden wiederum durch die Entwicklung der Unternehmen und besonders durch die Innovativität der Gründungen beeinflusst. Allerdings sind die Zusammenhänge sehr komplex. Die gängigen Modelle zum Wirtschaftswachstum greifen diesen Aspekt meist nicht auf, sodass sich aus theoretischer Sicht keine eindeutigen Aussagen zur Bedeutung der Unternehmensgründungen für den wirtschaftlichen Erfolg treffen lassen. Jedoch ist aus empirischen Analysen bekannt, dass diese zumindest in hoch entwickelten Ländern in substanziellem Maß zum Wirtschaftswachstum beitragen (Heuer/Röhl, 2021).

Im einschlägigen politischen und wissenschaftlichen Diskurs spielt das Thema Unternehmensgründungen und Unternehmertum von Migranten bereits seit Längerem eine bedeutende Rolle. Beispielsweise hat das IQ-Netzwerk eine Fachstelle Migrantenökonomie eingerichtet, die sich gezielt nur mit diesen Themen beschäftigt (IQ-Netzwerk, 2022). Allerdings lassen sich aus den amtlichen Unternehmensstatistiken kaum Erkenntnisse zum aktuellen Stand in

diesen Bereichen gewinnen. So wird in der Gewerbeanzeigenstatistik selbst die Staatsangehörigkeit von Gründern nur bei den Einzelunternehmen und nicht bei den tendenziell größeren und für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung wichtigeren Unternehmen in anderen Rechtsformen erfasst (Statistisches Bundesamt, 2022g). Daher wird im Folgenden, wie in vielen anderen empirischen Analysen zum Thema wie der von Sachs (2020), auf eine Betrachtung der Selbstständigkeit von Zuwanderern ausgewichen, die mit dem Mikrozensus möglich ist. Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass es Unternehmer gibt, die nicht als Selbstständige gezählt werden, da sie einen anderen Haupterwerb haben und dort abhängig beschäftigt sind. Zudem kann ein Selbstständiger zwei oder mehr Unternehmen besitzen und leiten.

Keine Aussagekraft haben die Statistiken zu den Selbstständigen beim Thema Gründungen. Wechsel in die Selbstständigkeit können nämlich auch auf Übernahmen bestehender Unternehmen zurückgehen. Außerdem können Unternehmer, die zuvor bereits selbstständig waren, neue Unternehmen gründen. Jedoch lassen sich hierzu aus dem Gründungsmonitor der staatlichen KfW-Bankengruppe Erkenntnisse gewinnen. Er basiert auf einer eigenständigen Befragung und erfasst den Migrationsstatus anhand von Angaben zur Staatsangehörigkeit mit. Demzufolge lagen die Anteile der Gründer, die mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit geboren wurden, im Mittel der letzten Jahre nahe am Bevölkerungsanteil dieser Gruppe im entsprechenden Alter zwischen 18 und 64 Jahren, haben dabei aber stark geschwankt (KfW Research, 2021). Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass die Zuwanderer insgesamt ähnlich gründungsaktiv sind wie die im Inland geborene Bevölkerung. Allerdings könnte sich die Lage bei den erst in den letzten Jahren Zugewanderten unter Umständen deutlich anders darstellen.

Auf der Suche nach dem Beitrag der Zuwanderung zum Unternehmertum ist es hilfreich, die Unternehmensgrößen mit zu betrachten. So haben Soloselbstständige eine andere wirtschaftliche Bedeutung als größere Unternehmen mit mehreren 100 Mitarbeitern. Differenziert wird bei der Erfassung der Stellung im Beruf im Mikrozensus aber nur zwischen Selbstständigen mit und ohne Mitarbeiter. Jedoch liegen Angaben zur Betriebsgröße vor. Diese beziehen sich zwar nur auf den jeweiligen Standort und sind damit gerade bei größeren Unternehmen nicht gleichbedeutend mit der Gesamtzahl der Beschäftigten.

Dennoch sollten sie bei einer nur sehr groben Untergliederung ein relativ guter Indikator für die Größe der Unternehmen sein. So dürften bei Unternehmen mit mehreren Standorten die Inhaber in aller Regel in den Zentralen und nicht in kleinen Außenstellen tätig sein.

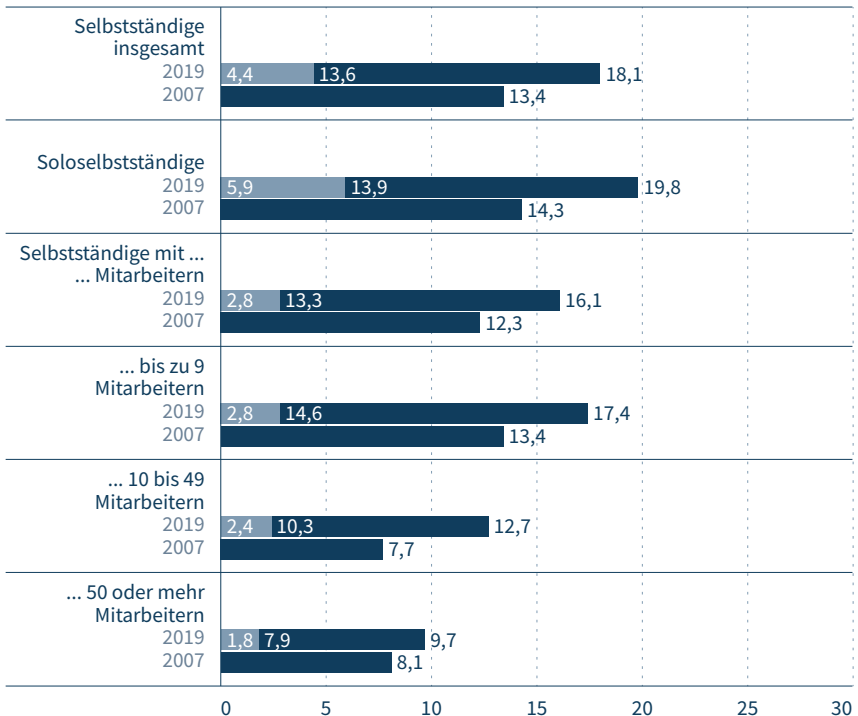
Wie Abbildung 13 zeigt, waren im Jahr 2019 insgesamt 18,1 Prozent der Selbstständigen nicht in Deutschland geboren. Das entspricht etwa dem Zuwanderer-

Selbstständige Zuwanderer

Abbildung 13

Anteil an allen und nach Merkmalen kategorisierten Selbstständigen, in Prozent

■ Seit 2007 zugewandert ■ Vor 2007 zugewandert



Ohne im jeweiligen Erhebungsjahr Zugewanderte.

Daten: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/SiKnGeZwJ4ycYtS>

Quellen: DOI: 10.21242/12211.2019.00.00.1.1.1 – Mikrozensus 2019;

DOI: 10.21242/12211.2007.00.00.1.1.0 – Mikrozensus 2007; eigene Berechnungen

anteil an den Erwerbstätigen von 18,5 Prozent (vgl. Kapitel 5). Hingegen lag der Anteil der seit dem Jahr 2007 Zugewanderten mit 4,4 Prozent gegenüber 6,3 Prozent deutlich niedriger. Bei den Selbstständigen mit Mitarbeitern fallen die Anteile der Zuwanderer insgesamt mit 16,1 Prozent und der seit dem Jahr 2007 Zugewanderten mit nur 2,8 Prozent niedriger aus. Bei weiterer Differenzierung zeigt sich ein negativer Zusammenhang zwischen Zuwandereranteil und Betriebsgröße.

Bei der Interpretation dieser Ergebnisse ist zu beachten, dass gerade die größeren Unternehmen in Deutschland meist seit Jahrzehnten existieren, also nicht erst vor Kurzem gegründet worden sind. Wechsel bei der Führung durch die Eigentümer sind hier eher selten und erfolgen meist im Familienkreis, sodass die Unternehmen nur im Ausnahmefall an neu Zugewanderte übergehen. Daher ist der Anteil der seit dem Jahr 2007 Zugewanderten an den Selbstständigen in Betrieben mit 50 und mehr Mitarbeitern von 1,8 Prozent als substantieller Beitrag zum Unternehmertum in Deutschland zu werten – trotz des auf den ersten Blick geringen Werts. Bei den Soloselbstständigen und Selbstständigen mit geringer Mitarbeiterzahl ist die Lage anders, da die Wertschöpfung der Unternehmen meist allein oder zu großen Teilen von der Person des Unternehmers getragen wird. Besonders gilt dies bei den Professionen wie Ärzten, Physiotherapeuten, Anwälten und freien Journalisten, die typischerweise freiberuflich tätig sind. Daher waren die deutlich höheren Zuwandereranteile bei ihnen zu erwarten.

Auf den Produktionsfaktor Kapital können sich die Migrationsbewegungen nicht nur über den Umweg des Unternehmertums, sondern auch direkt auswirken. So wurde bis zum Jahr 2012 für die Erteilung eines Visums zur Selbstständigkeit an Drittstaatenangehörige ein Eigenkapitaleinsatz von mindestens 250.000 Euro gefordert (Block/Klingert, 2012). Auch ein Teil der anderen nach Deutschland kommenden Personen dürfte größere Vermögenswerte mit sich führen, die den Kapitalbestand in Deutschland stärken. Allerdings existieren hierzu bisher keine verlässlichen Befunde.

Weit besser erforscht sind die Effekte der Rücküberweisungen der Zugewanderten in ihre Heimatländer, die in einigen Auswanderungsländern wie Kirgistan und Moldawien über ein Viertel des Bruttoinlandsprodukts ausmachen (Stöhr,

2017). Dass diese nicht nur die Versorgungslage vor Ort verbessern, sondern tatsächlich auch die Leistungsfähigkeit und das Wachstum der Wirtschaft stärken, konnte in empirischen Studien belegt werden (Cazachevici et al., 2020). Zu den Auswirkungen in den Zielländern ist bisher hingegen wenig bekannt, wobei ihre quantitative Bedeutung vor dem Hintergrund des weit höheren Wohlstandsniveaus wesentlich geringer ist. Insgesamt dürften die mit der Zuwanderung einhergehenden Kapitalbewegungen für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands weit weniger bedeutend sein als die von diesen unabhängigen internationalen Transaktionen, etwa ausländischen Direktinvestitionen.

Deutlich stärker als auf das Kapital kann sich Zuwanderung auf direktem Wege auf die Produktionstechnologie auswirken. So werden von den Zugezogenen teilweise neue Waren, Dienstleistungen und Herstellungsverfahren entwickelt. Dass dieser Beitrag von Menschen mit ausländischen Wurzeln in den letzten Jahren stark gestiegen ist, zeigen Auswertungen zu den Patentanmeldungen von Kohlisch/Koppel (2021). Lag ihr Anteil daran im Jahr 2008 noch bei 6,6 Prozent, waren es im Jahr 2018 bereits 11,2 Prozent. Dabei fehlt hier ein großer Teil der Neuentwicklungen im IT-Bereich, da Software in Deutschland in der Regel nicht patentiert wird. In dem Bereich üben Zugewanderte jedoch besonders häufig hochqualifizierte Tätigkeiten aus (vgl. Kapitel 5).

Dass Zuwanderung einen großen Beitrag zu Forschung und Entwicklung in Deutschland leistet, zeigt eine Auswertung von Anger et al. (2022). Ihr zufolge hatten 19,5 Prozent aller und 20,1 Prozent der Beschäftigten mit MINT-Qualifikationen, die im Jahr 2019 in diesem Tätigkeitsfeld arbeiteten, eine Migrationsgeschichte. Zudem ist der Ausländeranteil an den Forschenden an den Einrichtungen der Fraunhofer-Gesellschaft, Helmholtz-Gesellschaft, Leibniz-Gesellschaft und Max-Planck-Gesellschaft stark gestiegen. Lag er im Jahr 2010 insgesamt noch bei 15 Prozent, war er im Jahr 2019 mit 28 Prozent bereits nahezu doppelt so hoch. Dabei lag der Anteil der in den Bereichen Mathematik, Natur- und Ingenieurwissenschaften Tätigen unter den Ausländern mit 84 Prozent höher als unter den Inländern mit 81 Prozent. Auch an den Universitäten ist der Anteil der Ausländer am wissenschaftlichen Personal zwischen den Jahren 2009 und 2019 deutlich gestiegen (von 11 Prozent auf 15 Prozent). Er lag im Jahr 2019 in den Bereichen Mathematik und Naturwissenschaften mit 20 Prozent und Ingenieurwissenschaften mit 18 Prozent besonders hoch

(DAAD/DZHW, 2021). Allerdings ist zu berücksichtigen, dass zwischen akademischer Forschung und Steigerung der Wertschöpfung durch technologischen Fortschritt ein weiter Weg liegt.

Verändern sich die Produktionstechnologien, kann sich dies auf die Arbeitskräftenachfrage auswirken. Arbeitsschritte können automatisiert werden oder gegebenenfalls ganz wegfallen. Dabei sind derartige Effekte zumeist dauerhaft. So endet der Beitrag der Zuwanderer zu Unternehmertum und Innovationen anders als bei der Fachkräftesicherung nicht, wenn diese den deutschen Arbeitsmarkt wieder verlassen und in ihre Heimatländer zurückkehren. Daher ist für diesen Wirkungskanal weniger relevant, wie viele Zuwanderer wie lange im Land sind, sondern vielmehr, dass sie hier die relevanten Innovationen entwickeln. Tun sie dies, kann das den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands in einer Weise steigern, die mit einer alleinigen Stärkung der Arbeitskräftebasis kaum zu erreichen wäre.

7 Rahmenbedingungen für die künftige Zuwanderung

Wie viele Menschen in den nächsten Jahren nach Deutschland zuziehen werden, lässt sich kaum vorhersehen. Wanderungsbewegungen ergeben sich oft erst aus dem Zusammenspiel verschiedener Faktoren. So war der seit dem Jahr 2011 in Syrien herrschende Bürgerkrieg, der auch den Irak in Mitleidenschaft gezogen hatte, zwar die Hauptursache für den starken Zuzug Geflüchteter in den Jahren 2015 und 2016. Jedoch hätte diese Migration ohne die Gewährung der Überfahrt auf die griechischen Inseln durch die Türkei und den Weitertransport auf das Festland durch die griechischen Behörden nicht in seiner damaligen Form stattfinden können. Zudem spielte die gezielte Entscheidung Deutschlands und anderer westeuropäischer Länder, für die Geflüchteten Verantwortung zu übernehmen, eine wichtige Rolle (Geis-Thöne, 2020c).

Dennoch lassen sich manche Faktoren, die die Wanderungsbewegungen nach Deutschland prägen dürften, relativ gut vorhersehen. Besonders gilt das für die demografische Situation in den (möglichen) Herkunftsländern. Dabei ist das

Modell des ersten und zweiten demografischen Übergangs sehr hilfreich. Der erste Übergang findet statt, wenn bei Medizin, Hygiene und Lebensstandard ein Stand erreicht ist, bei dem die Kindersterblichkeit sehr stark zurückgeht. Das war in Europa bereits im 19. Jahrhundert, in anderen Teilen der Welt jedoch erst wesentlich später der Fall. Da die Geburtenraten zunächst weiterhin hoch bleiben, wächst die Bevölkerung stark an und ihre Altersstruktur verschiebt sich zugunsten der jüngeren Kohorten. Dies kann zu einer Verknappung von Ressourcen und zu Auswanderungsbewegungen führen, wie sie in Europa im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert zu beobachten waren (Swiaczny, 2014).

Zum zweiten demografischen Übergang kommt es, wenn die Geburtenraten vor dem Hintergrund besserer Verhütungsmethoden sowie veränderter Rollenbilder und Normen auf oder sogar unter das bestandserhaltende Niveau von etwa 2,1 Kindern je Frau sinken. Diese Entwicklung setzte in Deutschland bereits im Lauf des 20. Jahrhunderts ein, wurde aber vom Babyboom in der Nachkriegszeit überlagert, sodass der endgültige Übergang erst in den 1970er Jahren stattfand (Swiaczny, 2014). Dass es dabei, wie in Kapitel 3 aufgezeigt, zu einem regelrechten Einbruch der Geburtenzahlen gekommen ist, ist spezifisch für die deutsche Geschichte. Im Normalfall wiegt der zunächst noch fortdauernde Anstieg der Zahl der potenziellen Mütter den Rückgang der Geburtenzahlen je Frau zumindest weitestgehend auf, sodass die Bevölkerung bei gleichbleibender Lebenserwartung noch weiter wächst.

Mit dem zweiten demografischen Übergang setzt unmittelbar eine langsame Verschiebung der Bevölkerungsstruktur hin zu mehr Menschen im erwerbsfähigen Alter ein, sodass das Arbeitsangebot relativ zur Bevölkerungsgröße in den folgenden Jahrzehnten stark steigt. Kommt es ab einem gewissen Zeitpunkt zu sinkenden Geburtenzahlen, was nahezu unvermeidlich ist, wenn die Geburtenraten das bestandserhaltende Niveau unterschreiten, führt dies sechs bis sieben Jahrzehnte später dazu, dass der Bevölkerungsanteil Älterer stark zunimmt und das Arbeitsangebot relativ zur Bevölkerungsgröße wieder sinkt. Diesen Punkt hat Deutschland aktuell erreicht.

In den neuen EU-Mitgliedsländern, aus denen in den 2010er Jahren eine besonders starke Zuwanderung stattfand, hat der zweite demografische Übergang etwas später stattgefunden. Darum war ihre Arbeitskräftebasis relativ

zur Bevölkerung in den letzten Jahren noch groß und es bestanden entsprechende Migrationspotenziale. Inzwischen scheiden jedoch mehr Menschen aus dem Arbeitsmarkt aus als nachrücken, sodass sich das zunehmend ändert (Geis-Thöne, 2020b). Dennoch ist eine starke Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedsländern nach Deutschland weiterhin denkbar. Allerdings dürfte es in diesen Herkunftsländern zunehmend zu demografisch bedingten Fachkräfteengpässen kommen, was sich auf die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und die Versorgungslage der Bevölkerung sehr negativ auswirken könnte. Daher sollte Deutschland die einseitige Zuwanderung aus diesen Ländern nicht gezielt fördern. Ähnlich gering sind die Migrationspotenziale in den anderen EU-Ländern, obschon die Geburtenraten dort in der Vergangenheit teilweise etwas höher als in Deutschland gelegen haben und die aktuellen demografischen Strukturen entsprechend günstiger sind (Geis-Thöne, 2021d).

Nichtsdestotrotz könnte es vor einem anderen Hintergrund in den nächsten Jahren zu einer starken Zuwanderung aus der EU kommen. So dürfte es immer normaler werden, Teile der Ausbildung oder des Erwerbslebens in einem anderen EU-Land zu verbringen, je enger die Union zusammenwächst. Allerdings handelt es sich dabei dann nicht um weitgehend einseitige Migrationsprozesse, sondern um einen Austausch, wie er bereits heute im westlichen Teil der EU zu beobachten ist. In diesem Fall ist der Nettobeitrag zu demografischer Entwicklung, Qualifikationsbasis, Arbeitsangebot und Fachkräftesicherung nahe null. Hingegen kann eine stärkere europaweite Vernetzung in substantiellem Maß neue Ideen generieren und damit zum technologischen Fortschritt beitragen.

Soll den negativen Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Arbeitskräftebasis in den nächsten Jahren effektiv entgegengewirkt werden, muss die deutsche Migrationspolitik ihren Fokus also auf den außereuropäischen Raum richten. Um einen Anhaltspunkt für die Auswahl geeigneter Herkunftsländer zu geben, muss das Modell des zweiten demografischen Übergangs noch um Überlegungen zur Entwicklung des Bildungsstands ergänzt werden, da Deutschland vorwiegend Bedarf an gut ausgebildeten Fachkräften hat.

Hierbei ist das Modell von Becker (1960) sehr hilfreich. Sind die Geburtenraten noch hoch, kommt für die meisten Familien eine längere Ausbildung ihrer Kinder nicht infrage. Dabei sind die unter Umständen substantiellen direkten

Kosten einer längeren Ausbildung nur ein Punkt. Zudem ist es für die Familien wichtig, dass die Kinder ihre Arbeitskraft möglichst schnell einbringen und Mutter oder Vater ersetzen, wenn diese ausfallen, indem sie einer bezahlten Erwerbstätigkeit nachgehen, im familieneigenen Betrieb mitarbeiten oder die Führung des Haushalts und die Betreuung der kleineren Geschwister übernehmen. Sind die Mütter seltener schwanger und bringen weniger Kinder zur Welt, können sie selbst mehr Arbeitsleistung einbringen und die familiären Aufgaben nehmen ab, sodass eine Beteiligung der Kinder weniger wichtig ist. Dafür gewinnt es für die Alterssicherung der Eltern nun an Bedeutung, dass die Kinder langfristig ein gutes Einkommen erzielen. Zumindest gilt dies, sofern es noch kein gut ausgebautes staatliches Rentensystem gibt. Daher lohnt es sich für die Eltern nun, stark in die Ausbildung des Nachwuchses zu investieren.

Auch wenn die Entwicklungen im Bildungsbereich noch von vielen weiteren Faktoren beeinflusst werden, lässt sich sagen, dass die Länder, die sich noch vor dem zweiten demografischen Übergang befinden, als Ausgangspunkt für eine qualifizierte Zuwanderung nach Deutschland eher ungeeignet sind. Derzeit trifft dies noch auf einen Großteil der afrikanischen Länder südlich der Sahara sowie einige asiatische Länder, wie Afghanistan und Pakistan, zu, obschon die Geburtenraten langsam sinken (UN, 2019). Es liegen zumeist keine verlässlichen Statistiken zum Bildungsstand der Bevölkerung vor, die ein differenzierteres Bild zeichnen könnten.

Gleichzeitig führt das weiterhin starke Bevölkerungswachstum in diesen Ländern zu einer Verknappung der Ressourcen, die durch den Klimawandel noch verstärkt wird und zu einer starken Auswanderung führen kann. Anders als die Auswanderer aus Europa im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert haben die Einwohner dieser Länder allerdings kaum noch die Möglichkeit, sich in noch dünn besiedelten Gebieten eine Existenz aufzubauen. Darum sind als Ziel für sie die hoch entwickelten Länder mit ihren relativ großen Arbeitskräftebedarfen und hohen Wohlstandsniveaus in der Regel am attraktivsten. Es ist damit zu rechnen, dass in den nächsten Jahren auch ohne eine Öffnung entsprechender Zugangswege viele Menschen aus den Ländern, die sich aktuell noch vor dem zweiten demografischen Übergang befinden, versuchen werden, nach Europa und Deutschland zu kommen.

Die außereuropäischen Länder, die den zweiten demografischen Übergang bereits seit mehreren Jahrzehnten hinter sich haben, eignen sich nur sehr bedingt für eine Gewinnung von Fachkräften für den deutschen Arbeitsmarkt. In ihrem Fall ergeben sich nämlich mittelfristig die gleichen Probleme wie in den neuen EU-Mitgliedsländern. Neben der westlichen Welt trifft dies etwa auf Russland und China zu (UN, 2019). Dennoch können auch hier politische und wirtschaftliche Entwicklungen zu starken Auswanderungsbewegungen führen. Besonders gilt dies, wenn es zu kriegerischen Auseinandersetzungen kommt, wie in der Ukraine. Allerdings lässt sich dies in der Regel schwer vorhersehen.

Hingegen bieten die Länder, in denen der zweite demografische Übergang erst vor Kurzem erfolgt ist, für die Arbeitskräftemigration nach Deutschland in den nächsten Jahren besonders große Potenziale, da dort sowohl der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter als auch der Bildungsstand steigen dürften. Dies trifft insbesondere auf Indien, Bangladesch und Indonesien zu (UN, 2019). Dabei ist Indien vor dem Hintergrund seiner Größe als Fokusland für die deutsche Migrationspolitik besonders interessant. Dort lebte im Jahr 2019 mit 1,4 Milliarden Menschen über ein Sechstel der Weltbevölkerung. Das ist mehr als die Bevölkerung Europas, West- und Zentralasiens zusammen (1,1 Milliarden). Zudem war die Zuwanderung aus Indien nach Deutschland in den letzten Jahren im Hinblick auf die mitgebrachten Qualifikationen und die Integration in den deutschen Arbeitsmarkt besonders günstig (Geis-Thöne, 2022a).

Neben den drei bereits dargestellten Gruppen von Ländern existiert noch eine vierte, die sich im Hinblick auf den zweiten demografischen Übergang nicht klar verorten lässt. Zu dieser Gruppe zählen beispielsweise Argentinien, wo die Geburtenraten bereits seit Jahrzehnten nur leicht über dem bestands-erhaltenden Niveau liegen, dieses aber noch nicht unterschritten haben, und Kasachstan, wo das bestandserhaltende Niveau um den Jahrtausendwechsel unterschritten wurde, die Geburtenraten inzwischen aber wieder etwas höher liegen (UN, 2019). Auch solche Länder kommen als Fokusregionen für die Erwerbsmigration nach Deutschland grundsätzlich infrage. Allerdings ist dort mittelfristig nicht mit einer so starken Bildungsexpansion zu rechnen wie in den Ländern mit stark sinkenden Geburtenzahlen, sodass die aktuelle Lage maßgeblich ist.

Sollen für den deutschen Arbeitsmarkt sehr gezielt Fachkräfte in einzelnen Ländern angeworben werden, reichen Indikatoren zur demografischen Lage als Auswahlkriterium grundsätzlich nicht aus. So sollte gerade der tatsächliche Bildungsstand der Bevölkerung berücksichtigt werden, der von vielen Faktoren beeinflusst wird, wie der Ausgestaltung des politischen Systems und der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Zugleich sollten das Wohlstandsniveau und die Lage am Arbeitsmarkt im Land betrachtet werden. Allerdings ist die Datenlage zu diesen Themenbereichen für die niedrig entwickelten Länder vielfach sehr lückenhaft. Aus dem Grund kann es sinnvoll sein, doch vorwiegend auf Basis demografischer Indikatoren eine Vorauswahl möglicher Zielländer zu treffen.

Zu beachten ist, dass Deutschland bei der Gewinnung international mobiler Fachkräfte in Konkurrenz zu den anderen hoch entwickelten Ländern der westlichen Welt steht. Diese haben den zweiten demografischen Übergang zu einer ähnlichen Zeit erlebt. Darum ist auch bei ihnen in den nächsten Jahren mit zunehmenden Fachkräfteengpässen zu rechnen, obwohl sich die genauen demografischen Situationen etwas unterscheiden. Hinzu kommt, dass einige der klassischen Einwanderungsländer dünn besiedelte Regionen weiter erschließen wollen. So wurde etwa in Kanada noch im Jahr 2019 ein spezielles Zuwanderungsprogramm für Orte in ländlichen und nördlichen Gebieten eingeführt (Somers, 2019).

Der Fokus der entsprechenden Migrationspolitiken liegt weltweit fast ausschließlich auf gut ausgebildeten Fachkräften und nur in sehr wenigen Fällen werden auch an- und ungelernete Arbeitskräfte gesucht, etwa bei der Anwerbung von Gastarbeitern aus Indien durch die Golfstaaten. Während sich Migranten mit niedrigem Bildungsniveau in den nächsten Jahren also weiterhin häufig keine legalen Möglichkeiten bieten dürften, werden Menschen mit akademischen Bildungsabschlüssen in der Regel zwischen einer Vielzahl verschiedener möglicher Zielländer auswählen können.

Welche Entscheidung sie treffen, hängt von vielen Faktoren ab, deren Bedeutung teilweise von ihrem Zusammenspiel beeinflusst wird (Deutscher Bundestag, 2020). Relevant sind etwa:

- **Einkommensniveau.** Je nach Wanderungskontext kann die Kaufkraft im Herkunfts- oder Zielland entscheidend sein.
- **Arbeitsbedingungen und soziale Sicherung.** Hierzu zählen etwa die in manchen Ländern sehr teure Krankenversicherung und der gesetzliche Urlaubsanspruch, der vor allem für Zugereiste, die regelmäßige Besuche in der Heimat machen wollen, sehr wichtig ist.
- **Offenheit der Gesellschaft.** Muss mit Ausgrenzung und Diskriminierung gerechnet werden, schränkt das die Attraktivität von Zielländern stark ein.
- **Ethnische Communities.** Leben in den Zielländern bereits Menschen aus dem Bekanntenkreis, können diese beim Wanderungsprozess unterstützend wirken. Zudem haben die Zuwanderer in diesem Fall direkt soziale Kontakte vor Ort. In der empirischen Migrationsforschung zeigt sich regelmäßig, dass dieser Faktor für die Zielortwahl besonders prägend ist (Geis-Thöne, 2020d).
- **Sprache.** Können Migranten mit der Bevölkerung im Zielland kommunizieren, ohne zunächst eine neue Sprache erlernen zu müssen, erleichtert das den Wanderungsprozess. Englisch ist heute in vielen Bereichen die Lingua franca, sodass gute Kenntnisse bei Hochqualifizierten weltweit Standard sind und diese nur wenig in ihren Spracherwerb investieren müssen, um sich in den angelsächsischen Ländern niederzulassen.

Gerade der letzte Punkt – die Sprache – ist ein zentraler Nachteil Deutschlands im Wettbewerb um international mobile Fachkräfte. Das wird allerdings dadurch etwas abgemildert, dass im hochqualifizierten Bereich in zunehmendem Maß englisch gesprochen und geschrieben wird. Auch bilden sich erst mit der Zeit ethnische Communities, die die Wanderungsprozesse in der Folge verstärken und verstetigen können. So hat etwa die zu großen Teilen von hochqualifizierten Fachkräften getragene Zuwanderung aus Indien in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen (Geis-Thöne, 2022a).

Zudem könnte der demografische Wandel die Attraktivität Deutschlands als Zielland für international mobile Fachkräfte beeinträchtigen. Aufgrund des

stark steigenden Anteils älterer Menschen ist mit Anpassungen im Sozialversicherungssystem zu rechnen, die bereits abschreckend wirken können, wenn sie erst diskutiert werden. Die meist in der dritten und vierten Lebensdekade wandernden Migranten könnten im Hinblick auf die angebotenen Freizeitaktivitäten jüngere gesellschaftliche Umfelder bevorzugen. Gleichzeitig dürfte Deutschland den international mobilen Fachkräften sehr gute längerfristige Erwerbs- und Karriereperspektiven bieten. Überdies könnte sich das Wissen um die Bedeutung dieser Fachkräfte für den wirtschaftlichen Erfolg des Landes in einer ausgeprägten Willkommenskultur niederschlagen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass auf absehbare Zeit aller Voraussicht nach weit mehr Menschen weltweit den Wunsch haben werden, nach Deutschland zu kommen, als hier zum vollständigen Ausgleich des demografischen Wandels notwendig wären. Besonders in den Ländern in Afrika und Asien, die derzeit noch vor dem zweiten demografischen Übergang stehen, dürfte dieser Wunsch häufig so stark sein, dass sich Menschen auch ohne entsprechende Zugangswege auf den Weg machen. Viele von ihnen werden weiterhin ohne gültige Papiere mit dem Ziel Deutschland an den EU-Außengrenzen ankommen. Die Frage nach einem möglichst menschenwürdigen Umgang mit diesen Migranten steht im Raum. Verstärkt werden können diese Wanderungsbewegungen noch durch neue Kriege und Krisen sowie durch den Klimawandel. Im Fall von Kriegen ist die Lage ethisch besonders schwierig, da Deutschland sich mit dem Unterzeichnen der Genfer Konvention verpflichtet hat, Flüchtenden Schutz zu gewähren.

Dennoch dürfte es Deutschland in den nächsten Jahren schwerfallen, in größerem Maß gut ausgebildete Fachkräfte aus Drittstaaten zu gewinnen. Die Zahl der infrage kommenden Menschen bleibt weltweit relativ beschränkt und die Konkurrenz mit den anderen hoch entwickelten Ländern dürfte noch zunehmen. Dabei muss aller Voraussicht nach auch die Zuwanderung aus den anderen EU-Ländern ersetzt werden. Diese könnte zwar weiterhin auf hohem Niveau bleiben, dürfte dann aber nicht mehr einseitig erfolgen, sondern den Charakter eines Austauschs haben und per saldo kaum mehr zur Fachkräftesicherung beitragen. Damit wird die deutsche Migrationspolitik immer vor einem Trade-off zwischen der Zahl der (erwerbsbezogenen) Zuwanderer und der Anschlussfähigkeit ihrer Qualifikationen am Arbeitsmarkt stehen.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass Deutschland die Fachkräfte gegebenenfalls auch erst im Land ausbilden kann. Ein Erfolgsmodell ist dies bereits heute im akademischen Bereich, wo rund jede vierte zum Studium ins Land gekommene Person längerfristig in Deutschland bleibt (Geis, 2017a). In dem Bereich hat Deutschland mit der Gebührenfreiheit der hochschulischen Ausbildung, attraktiven Studiengängen und starken Unterstützungsinfrastrukturen für internationale Studierende eine sehr gute Position im internationalen Wettbewerb. Allerdings dürften gerade in den niedrig entwickelten Ländern auch die Anteile derjenigen, die eine den deutschen Standards entsprechende Hochschulzugangsberechtigung erwerben, begrenzt sein. Jedoch dürften sich die Potenziale deutlich steigern lassen, wenn man früher im Bildungsweg ansetzt und etwa bereits den Erwerb der Hochschulreife in Deutschland ermöglicht.

8 Handlungsansätze für die Migrationspolitik

Vor dem Hintergrund der in Kapitel 7 skizzierten Entwicklungen sollte die deutsche Migrationspolitik ihren Fokus in den nächsten Jahren auf die Zuwanderung aus den außereuropäischen Drittstaaten legen. Besonders die Länder, die, wie Indien, den zweiten demografischen Übergang bereits erreicht oder überschritten, aber noch nicht lange hinter sich haben, bieten aussichtsreiche Perspektiven. Zudem sollte die Politik die Zugangswege so gestalten, dass die nach Deutschland Zuwandernden möglichst zeitnah nach ihrer Einreise qualifizierte Tätigkeiten ausüben und zur Fachkräftesicherung beitragen können. Sonst kann es selbst bei einer aus demografischen Sicht sehr günstig wirkenden Zuwanderung zu einer starken Belastung des sozialen Sicherungssystems kommen.

Aus diesem Grund wäre eine pauschale Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für alle Zuwanderungsinteressierten aus Drittstaaten, wie sie innerhalb der EU bereits praktiziert wird, auch keinesfalls sinnvoll. Angesichts der demografischen Lage weltweit wäre damit zu rechnen, dass es zu einem viel stärkeren Zustrom kommen würde, als für einen Ausgleich der Altersstruktur der Bevöl-

kerung in Deutschland notwendig wäre, und dieser gleichzeitig größtenteils von Menschen getragen würde, deren Qualifikationen am deutschen Arbeitsmarkt kaum anschlussfähig wären. Daher kann es Deutschland Migranten, die sich ohne gültige Papiere auf den Weg machen, weiterhin nur in Ausnahmefällen ermöglichen, sich längerfristig niederzulassen und eine Existenz aufzubauen. Wie mit diesen Wanderungsbewegungen ansonsten politisch umgegangen werden soll, ist ein EU-weites und kein rein deutsches Thema. Jedoch sollte sich Deutschland als eines der Hauptzielländer der ohne Papiere aufbrechenden Migranten dafür einsetzen, dass sie bei ihren Einreiseversuchen in die EU möglichst nicht zu Schaden kommen oder ein letztlich menschenunwürdiges Dasein in den Transitländern fristen.

Besonders kompliziert ist die Lage bei Geflüchteten, die nicht in ihre Herkunftsländer zurückkehren können. Gelangen sie in die EU, haben sie Anspruch auf ein Asylverfahren und im Fall eines positiven Ausgangs auf einen regulären Aufenthaltstitel. Dies ist auch ethisch geboten. Jedoch können sie für ihre Einreise in der Regel kein Visum erhalten. Die aus der Ukraine Geflüchteten stellen einen Sonderfall dar, da das Land eine direkte, während des Kriegs für Schutzsuchende geöffnete Grenze mit der EU hat und ukrainischen Staatsangehörigen überdies bereits seit Längerem die visumfreie Einreise gewährt wird (Geis-Thöne et al., 2022). Für andere Geflüchtete ein entsprechendes Visum einzurichten, erscheint kaum vorstellbar, da bei der Vergabe geprüft werden müsste, ob die Betroffenen Anspruch auf einen Aufenthaltstitel haben. Das würde eine Vorwegnahme des Asylverfahrens notwendig machen. Zudem gibt es bereits reguläre Zugangswege für Geflüchtete in Form von Resettlement-Programmen, deren Größe bisher allerdings sehr überschaubar ist (Geis, 2017b).

Ihr Ausbau würde den Problemdruck an den EU-Außengrenzen allerdings aller Wahrscheinlichkeit nach nur in sehr begrenztem Maß mindern, da die Auswahl der aufgenommenen Migranten anhand ethischer Kriterien, wie Gewalterfahrungen, erfolgt. Gegebenenfalls wäre auch eine Berücksichtigung der Integrationsperspektiven denkbar. Kein Auswahlkriterium sollte jedoch sein, ob sich die Migranten schon auf dem Weg nach Europa befinden, da dies zu massiven Fehlanreizen führen würde. Zudem muss beachtet werden, dass sich die Arbeitsmarktintegration der in den 2010er Jahren eingereisten Geflüchteten relativ schwierig gestaltet hat (Geis-Thöne, 2020c). Selbst wenn das bei

zukünftigen Schutzsuchenden unter Umständen deutlich anders wäre, ist davon auszugehen, dass ihre Aufnahme eine anhand der Bedarfe des deutschen Arbeitsmarktes ausgewählte Zuwanderung nicht ersetzen kann. Daher sollte sie nicht mit einer gesteuerten Erwerbs- und Bildungsmigration vermischt werden, sondern getrennt von dieser und allein aus ethischen Erwägungen erfolgen. Dennoch sollten bei der konkreten Ausgestaltung des institutionellen Rahmens für die Aufnahme und Integration der Geflüchteten ökonomische Erwägungen nicht vollständig außer Acht gelassen werden.

Gleiches gilt für den Nachzug von Familienangehörigen zu Zugewanderten, die bereits länger in Deutschland leben. Allerdings unterscheiden sich diese und alle nachfolgend thematisierten Zuwanderungsformen von der Aufnahme Geflüchteter dahingehend, dass für Betroffene entsprechende Visa ausgestellt werden und sie sich in aller Regel nicht ohne gültige Papiere auf den Weg nach Europa machen. Hingegen bilden die mit den Erwerbszuwanderern verbundenen Familienangehörigen mit diesen eine Einheit. Darum sollte die Migrationspolitik sie grundsätzlich gemeinsam betrachten, auch wenn sich die Art ihrer konkreten Visa und Aufenthaltstitel unterscheidet. Außerdem sollten bei der Gestaltung des institutionellen Rahmens für die Bildungszuwanderung auch ethische Erwägungen eine Rolle spielen. Die Bildungszuwanderung ist zwar ein zentrales Instrument für die Fachkräftesicherung in Deutschland. Sie kann aber auch für den Wissenstransfer in Länder mit gering entwickelten Bildungssystemen und die wirtschaftliche Entwicklung dort von großer Bedeutung und damit sogar ohne die Perspektive eines Verbleibs in Deutschland wünschenswert sein.

Der Teil der Zuwanderung, der im Hinblick auf die Fachkräftesicherung gezielt gesteuert werden kann und soll, sollte entlang der in Abbildung 14 dargestellten drei Säulen erfolgen, auf deren konkrete Ausgestaltung im Folgenden noch etwas detaillierter eingegangen wird.

Rekrutierung von Arbeitskräften für aktuell zu besetzende (Fachkraft-)Stellen

Während die anderen beiden Säulen auf eine längerfristige Stärkung der Fachkräftebasis abzielen, ist diese Säule (vorwiegend) kurzfristig ausgerichtet. Solange die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in Deutschland noch kon-



Quelle: eigene Darstellung auf Basis von Geis-Thöne, 2021e

tinuierlich zugenommen hatte, reichte diese Perspektive allein aus. Es war nämlich davon auszugehen, dass zukünftige Vakanzen mit Arbeitskräften aus dem Inland besetzt werden konnten. Daher orientiert sich der ordnungspolitische Rahmen für die Erwerbszuwanderung bislang zu wesentlichen Teilen an den aktuellen Bedarfen des Arbeitsmarktes und ist damit dieser Säule zuzurechnen.

In den letzten Jahren haben sich die entsprechenden Zugangswege kontinuierlich weiterentwickelt. Zu verweisen ist etwa auf die Einführung der Blauen Karte im Jahr 2012 und die Neuordnung des rechtlichen Rahmens mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz im Jahr 2020. Seitdem kann jeder akademisch und beruflich qualifizierten Fachkraft nach § 18a und § 18b Abs. 1 AufenthG Visum und Aufenthaltstitel zur Erwerbstätigkeit erteilt werden, wenn sie eine Zusage für eine Stelle hat, die qualifikationsadäquat ist und bei der das Einkommen und die Arbeitsbedingungen dem üblichen Niveau entspre-

chen. Damit sind die Zugangswege für die Rekrutierung von Arbeitskräften aus Drittstaaten für aktuell zu besetzende Fachkraftstellen an sich bereits sehr liberal geregelt.

Allerdings gibt es bei den beruflich qualifizierten Fachkräften ein Problem. So benötigen diese nach § 18 Abs. 2 AufenthG eine Bescheinigung, dass ihr Bildungsniveau tatsächlich einem beruflichen Bildungsabschluss in Deutschland entspricht. Dafür ist jedoch eine sehr aufwendige, einzelfallspezifische Gleichwertigkeitsprüfung notwendig. Zudem ist der Ausgang aufgrund der international sehr unterschiedlichen Bildungssysteme vielfach ungewiss. Da dies die Rekrutierung von Fachkräften aus dem Ausland stark behindern kann, wurde mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz für die in Deutschland besonders gesuchten IT-Fachkräfte ein alternativer Zugangsweg nach § 6 Beschäftigungsverordnung (BeschV) mit Mindestwerten bei Berufserfahrung und Gehalt eingerichtet. Diese Möglichkeit sollte auf absehbare Zeit evaluiert und, sofern sie erfolgreich war, auch auf andere Engpassqualifikationen übertragen werden.

Gehemmt wird die Rekrutierung von Fachkräften aus Drittstaaten derzeit durch sehr zeitintensive Verwaltungsabläufe. Zwar wurde mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz ein beschleunigtes Verfahren auf den Weg gebracht. Jedoch können dieses bisher nur die Arbeitgeber und nicht die Zuwanderungsinteressierten selbst anstoßen. Hilfreicher wäre es an dieser Stelle, wenn Menschen aus dem Ausland ihr Visum online in Deutschland beantragen könnten und nur noch einmal zur Ausstellung bei den Auslandsvertretungen vorsprechen müssten. Die Termine hier sind nämlich teilweise mit sehr langen Wartezeiten und Anreisen verbunden. Dazu müsste im Optimalfall eine zentrale Stelle eingerichtet werden, die auch Informationen zu Verfahrenswegen, -dauern und -kosten zur Verfügung stellen und bei spezifischen Nachfragen der Zuwanderungsinteressierten rechtssicher Auskunft erteilen könnte.

Allerdings wird das aller Wahrscheinlichkeit nach nicht ausreichen, um die Position Deutschlands im Wettbewerb um international mobile Fachkräfte nachhaltig zu verbessern. Vielmehr ist hierfür eine gezielte, werbende Ansprache notwendig, wie sie die Online-Plattform „Make it in Germany“ bereits seit dem Jahr 2012 praktiziert. Überdies wäre über den Einsatz sehr gezielter

Rekrutierungsmaßnahmen wie Jobbörsen in Ländern mit besonders großen Migrationspotenzialen nachzudenken.

Zuwanderung von Personen mit sehr guten Integrationsperspektiven

Anders als Deutschland haben traditionelle Einwanderungsländer wie Australien und Kanada ihre Migrationspolitik bereits in der Vergangenheit auf eine längerfristige Stärkung der Erwerbspersonenbasis ausgerichtet. Allerdings waren ihre Ziele dabei etwas anders gelagert. So wollten sie nicht eine Abnahme des Arbeitskräfteangebots ausgleichen, sondern die Bevölkerung insgesamt stärken und dünn besiedelte Gebiete erschließen. Daher sind die Erfahrungen mit den entsprechenden Maßnahmen, wie dem Punktesystem, nicht eins zu eins übertragbar, auch wenn Deutschland daraus wichtige Anregungen erhalten kann.

Um diese Säule der gesteuerten Zuwanderung sinnvoll ausgestalten zu können, ist es nötig, sich einige Punkte vor Augen zu halten. Der erste ist, dass Fachkräfte mit einer bestehenden qualifikationsadäquaten Stelle – anders als teilweise in den angelsächsischen Ländern – auch über die erste Säule zuwandern können. Dort sind die Zugangswege bereits so liberal geregelt, dass ein Punktesystem kontraproduktiv wirken würde. Es würde die Verfahrenswege nur unnötig verkomplizieren und verlängern. Umgekehrt ist es bei dieser Konstellation auch nicht zielführend, eine bestehende qualifikationsadäquate Stellenzusage als zentrales Kriterium in einem Punktesystem oder alternativen Auswahlmechanismus für die zweite Säule zu verwenden. Denn Interessenten, die über eine solche Zusage verfügen, können und sollen über die erste Säule einwandern.

Der zweite Punkt ist, dass junge Fachkräfte in Drittstaaten meist nicht über Rücklagen verfügen, die ihren Lebensunterhalt in Deutschland längerfristig sichern könnten. Das liegt nicht nur am in den meisten Fällen sehr viel niedrigeren Einkommens- und Kaufkraftniveau, sondern auch an den teilweise hohen Gebühren für die hochschulischen Ausbildungen. Daher dürften qualifizierte Fachkräfte mit sehr guten Integrationsperspektiven ohne bestehende Stellenzusagen kaum in größerem Maß für eine Zuwanderung gewonnen werden können, wenn von ihnen ein auf längere Sicht gesicherter Lebens-

unterhalt gefordert wird, wie dies bei den bestehenden Aufenthaltstiteln zur Arbeitsplatzsuche nach § 20 AufenthG der Fall ist. Bei einem Verzicht auf diese Anforderung kann es allerdings dazu kommen, dass den Zuwanderern staatliche Transferleistungen gewährt werden müssen. Das wiederum ist auch im Hinblick auf die Akzeptanz in der Bevölkerung sehr problematisch.

Daher ist bei der Ausgestaltung der Zugangswege an dieser Stelle besondere Vorsicht geboten. So sollten die Anforderungen für die Zulassung von Zuwanderern ohne bestehende qualifikationsadäquate Stellenzusage mit guten Integrationsperspektiven zunächst sehr hoch angesetzt werden. Erst wenn sich erweist, dass sie sich gut in den Arbeitsmarkt integrieren und nicht oder nur sehr selten auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, sollten die Hürden langsam abgesenkt werden. Als Auswahlmechanismus eignet sich dabei ein Punktesystem, das mit einer Kontingentierung der Gesamtzahl der in diesem Rahmen erteilten Visa kombiniert werden kann. Zu beachten ist dabei, dass die Bewerber die Angaben zu den bei der Auswahl berücksichtigten Faktoren mit vertretbarem Aufwand rechtssicher nachweisen können müssen und die zuständigen Stellen diese prüfen und bewerten können müssen.

Ausbildung junger Menschen aus dem Ausland mit dem Ziel eines längerfristigen Verbleibs

Für Bildungsmigranten unterscheidet sich die Lage derzeit noch diametral zwischen der hochschulischen und der beruflichen Bildung. Der Zugang zu Ersterer ist seit Längerem sehr liberal geregelt und es existieren gut ausgebaute Unterstützungsinfrastrukturen. Besonders ist auf die Studienkollegs zu verweisen, an denen Zuwanderer, deren Hochschulzugangsberechtigung nicht vollständig den deutschen Standards entspricht, nachqualifiziert werden können. Zudem ist das Hochschulstudium für die Studierenden aus Drittstaaten in Deutschland in der Regel kostenfrei, wohingegen in anderen entwickelten Ländern hohe Studiengebühren anfallen.

Dennoch werden die Potenziale der Zuwanderung über die Hochschule derzeit noch nicht voll ausgeschöpft. Das Problem ergibt sich erneut daraus, dass für die Vergabe von Visum und Aufenthaltstitel ein gesicherter Lebensunterhalt in Deutschland gefordert wird. In Ländern mit niedrigem Einkommensniveau können ärmere Familien die notwendigen Mittel in der Regel kaum aufbringen,

sodass fast nur Nachwuchs aus vermögenden Haushalten Zugang an die deutschen Hochschulen hat. Dabei wäre gerade für junge Menschen aus ärmeren Familien eine langfristige Erwerbskarriere in Deutschland nach Abschluss des Studiums attraktiv. Sind sie besonders leistungsstark, ist es für sie teilweise sogar einfacher, in einem der Länder mit sehr hohen Studiengebühren eine hochschulische Ausbildung aufzunehmen. Dort existieren nämlich stark ausgebaut Stipendienprogramme, die nicht nur die Ausbildungskosten decken, sondern auch den Lebensunterhalt sichern. Gerade für den MINT-Bereich, der in besonderem Maß von Fachkräftengpässen betroffen ist, sollte in Deutschland ein institutioneller Rahmen entwickelt werden, der leistungsstarken jungen Menschen aus ärmeren Familien den Zugang an die hiesigen Hochschulen erleichtert. Neben einem stark ausgebauten Stipendienprogramm wäre dabei eine Sicherung des Unterhalts im Bedarfsfall über staatliche Transferleistungen denkbar.

Anders als die Hochschulen ist die berufliche Bildung für junge Menschen aus Drittstaaten immer noch kaum geöffnet. Während der Zugang zu den schulischen Ausbildungen inzwischen grundsätzlich möglich ist (§ 16 Abs. 2 AufenthG), muss für die Ausstellung von Visum und Aufenthaltstitel zur betrieblichen Ausbildung noch immer von der Bundesagentur für Arbeit festgestellt werden, dass der Ausbildungsplatz nicht mit einem inländischen Bewerber besetzt werden kann (§ 16 Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 39 AufenthG). Es gibt zudem kaum gezielte Nachqualifizierungs- und Unterstützungsangebote für Bildungsteilnehmer, die direkt aus dem Ausland kommen. Die bestehenden Integrationsmaßnahmen, die vor dem Hintergrund des Zuzugs Geflüchteter in den letzten Jahren stark ausgebaut wurden, könnten hierfür als Ausgangspunkt dienen. Sie müssten aber stark angepasst werden, da sie auf einer vorangehenden Bildungsphase in Deutschland aufsetzen.

Ein starkes Hemmnis für die Gewinnung von Fachkräften aus Drittstaaten über berufliche Ausbildungen ist die unterschiedliche Ausgestaltung der Bildungssysteme im mittleren Qualifikationsbereich weltweit. Während Absolventen mit einem deutschen Hochschulabschluss in der Regel auch im Herkunftsland einer qualifikationsadäquaten Beschäftigung nachgehen können, ist dies bei einem beruflichen Abschluss nicht immer sichergestellt. So lohnt sich die berufliche Ausbildung in Deutschland für junge Menschen aus Drittstaaten

unter Umständen nur, wenn sie einen dauerhaften Verbleib im Land anstreben. Damit ergibt sich für die Fachkräftesicherung ein Dilemma. Gleichzeitig ist nämlich abzusehen, dass im beruflichen Bereich in den nächsten Jahren besonders große Engpässe auftreten werden (Geis-Thöne, 2021a) und die international mobilen, weltweit verfügbaren Fachkräfte eher selten über die passenden Qualifikationen verfügen dürften. Vor diesem Hintergrund könnten zur Fachkräftesicherung im beruflich qualifizierten Bereich sogar Anpassungen im Bildungssystem notwendig werden, die über die migrationspolitischen Ansätze hinausgehen.

Bei allen drei Säulen der gesteuerten Zuwanderung muss berücksichtigt werden, dass die infrage kommenden Personen teilweise bereits mit (Ehe-)Partnern zusammenleben und Kinder haben, die sie gegebenenfalls nach Deutschland mitbringen wollen. So kann es bei der Rekrutierung von Fachkräften für aktuell zu besetzende Stellen sinnvoll sein, die gezielte Vermittlung eines Arbeitsplatzes für die Partner anzubieten, um die Zuwanderung zu fördern. Hingegen ist bei Zugangswegen für Menschen mit sehr guten Integrationsperspektiven ohne konkretes Stellenangebot zu erwägen, die mitreisenden Angehörigen bei der Auswahl der Bewerber direkt mit einzubeziehen. Wenn beide Partner in diese Kategorie fallen, sind die wirtschaftlichen Potenziale für Deutschland wesentlich größer und die Risiken geringer.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass sich Deutschland in den nächsten Jahren aller Voraussicht nach in einem starken Spannungsfeld befinden wird. Auf der einen Seite gibt es eine sehr große Zahl an Personen, die hierherkommen möchten und sich gegebenenfalls auch ohne gültige Papiere auf den Weg machen. Auf der anderen Seite steht eine relativ kleine Gruppe, die über die in Deutschland gesuchten Fachqualifikationen verfügt oder diese relativ zeitnah erwerben kann – und zumeist die Möglichkeit hat, in andere Länder zu gehen. Vor diesem Hintergrund wird es unumgänglich sein, großen Teilen der Zuwanderungsinteressierten weiterhin keine Perspektive auf einen Zugang zu gewähren und gleichzeitig die international mobilen Fachkräfte in zunehmendem Maß zu umwerben. Diese Schere kann einen starken Rechtfertigungsdruck mit sich bringen. Daher sollte die konkrete Ausgestaltung des institutionellen Rahmens für die gesteuerte Zuwanderung möglichst mit empirischen Befunden gerechtfertigt werden. Aus diesem Grund wird ein

ergebnisoffenes Monitoring der Migrations- und Integrationsprozesse in den nächsten Jahren noch wichtiger.

Zudem müssen die handelnden Akteure eine Bereitschaft dafür entwickeln, unter Umständen auch Fehler zu machen und diese später einzugestehen und zu korrigieren. Bei vielen migrationspolitischen Ansätzen lassen sich die Effekte und Wirkungsweisen nämlich nicht genau vorhersagen. Gar nicht zu handeln ist dabei die schlechteste Option, da Deutschland vor dem Hintergrund des demografischen Wandels einen zunehmenden Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften aus dem Ausland haben wird. Gleichzeitig wird die erwerbsorientierte Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedsländern in ihrer einseitigen Form sehr wahrscheinlich in wesentlichem Maß zurückgehen. Die in die Administration der Prozesse eingebundenen Stellen sollten bereit sein, diese stärker als bisher zu digitalisieren und gegebenenfalls Zuständigkeiten abzugeben, um die Verwaltungsverfahren zu vereinfachen und serviceorientierter zu gestalten.

9 Fazit

Zugewanderte haben in den letzten Jahren einen großen Beitrag zum wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands geleistet. So war im Jahr 2019 fast jeder sechste Erwerbstätige, der eine qualifizierte Tätigkeit ausgeübt hat, nicht in Deutschland geboren worden. Jeder zwanzigste ist erst seit dem Jahr 2007 zugezogen. Besonders groß war der Beitrag der Zugewanderten zur Entwicklung der akademisch qualifizierten Fachkräftebasis. Zudem waren rund 16 Prozent der Selbstständigen mit Mitarbeitern im Ausland geboren worden, knapp 3 Prozent sind seit dem Jahr 2007 zugewandert. Überdies tragen Fachkräfte mit ausländischen Wurzeln immer stärker zum technischen Fortschritt in Deutschland bei.

Dennoch sind die wirtschaftlichen Potenziale der Zuwanderung bei Weitem noch nicht ausgeschöpft. Darum sollte der migrationspolitische Rahmen so weiterentwickelt werden, dass die wirtschaftlich besonders günstig wirkende Fachkräftezuwanderung weiter an Bedeutung gewinnt. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels in Europa muss die gesteuerte Erwerbs- und Bildungszuwanderung aus Drittstaaten in den nächsten Jahren deutlich gestärkt werden, wozu eine Weiterentwicklung des institutionellen Rahmens und eine gezieltere direkte Ansprache geeigneter Kandidaten notwendig sein werden. Dass dies die demografische Lage Deutschlands verbessern wird, kann als gesichert gelten, da die meisten Wanderungsbewegungen im frühen Erwachsenenalter stattfinden. Ebenso lässt sich klar sagen, dass das Ausscheiden der Babyboomer aus dem Berufsleben ohne nennenswerte Zuwanderung zu so großen Lücken auf dem Arbeitsmarkt führen würde, dass die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und der Wohlstand in Deutschland beeinträchtigt würden.

Literatur

- Anger, Christina / Kohlisch, Enno / Koppel, Oliver / Plünnecke, Axel, 2022, MINT-Frühjahrsreport 2022. Demografie, Dekarbonisierung und Digitalisierung erhöhen MINT-Bedarf – Zuwanderung stärkt MINT-Fachkräfteangebot und Innovationskraft, Gutachten für BDA, MINT Zukunft schaffen und Gesamtmetall, Köln
- Anger, Christina / Kohlisch, Enno / Plünnecke, Axel, 2021, MINT-Herbstreport 2021. Mehr Frauen für MINT gewinnen – Herausforderungen von Dekarbonisierung, Digitalisierung und Demografie meistern, Gutachten für BDA, MINT Zukunft schaffen und Gesamtmetall, Köln
- Anger, Christina / Koppel, Oliver / Plünnecke, Axel, 2014, MINT und das Geschäftsmodell Deutschland, IW-Positionen, Nr. 67, Köln
- Baczak, Annette et al., 2020, Potenziale beruflicher Anerkennung bei der Fachkräfteeinwanderung. Eine Analyse der beruflichen Bildung in dreizehn Fokusländern, IW-Report, Nr. 48, Köln
- BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2022, Das Bundesamt in Zahlen 2021. Asyl, <https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/BundesamtinZahlen/bundesamt-in-zahlen-2021-asyl.html;jsessionid=DE0F22868B6A4EDE84E165ABCD475CB4.intranet232?view=renderPdfViewer&nn=284738> [12.5.2022]
- Becker, Gary, 1960, An economic analysis of fertility. Demographic and Economic Change in Developed Countries, Princeton University Press, Princeton
- BIB – Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, 2022, Säuglingssterblichkeit in Deutschland (1872-2019), <https://www.bib.bund.de/DE/Fakten/Fakt/S10-Saeuglingssterblichkeit-ab-1872.html> [12.5.2022]
- Block, Andreas / Klingert, Isabell, 2012, Zuwanderung von selbständigen und freiberuflichen Migranten aus Drittstaaten nach Deutschland: Ergebnisse einer schriftlichen Befragung von Selbständigen und Freiberuflern nach § 21 AufenthG, BAMF Working Paper, Nr. 48, Nürnberg
- BpB – Bundeszentrale für politische Bildung, 2018, 50 Jahre Arbeitnehmerfreizügigkeit in Europa, <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/277171/50-jahre-arbeitnehmerfreizuegigkeit-in-europa/> [26.4.2022]
- BpB, 2020, Erstes Anwerbeabkommen vor 65 Jahren, <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/324552/erstes-anwerbeabkommen-vor-65-jahren/> [26.4.2022]
- BpB, 2022a, Zweiter Weltkrieg: Karten und Grafiken, <https://www.bpb.de/themen/nationalsozialismus-zweiter-weltkrieg/der-zweite-weltkrieg/204501/karten-und-grafiken/> [26.4.2022]
- BpB, 2022b, Gastarbeiter, <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/glossar-migration-integration/270369/gastarbeiter/> [26.4.2022]

- Bundesagentur für Arbeit, 2015, Berufssectoren und Berufssegmente auf Grundlage der KldB 2010, https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Statischer-Content/Grundlagen/Methodik-Qualitaet/Methodenberichte/Uebergreifend/Generische-Publikationen/Methodenbericht-Berufssectoren-und-Berufssegmente.pdf?__blob=publicationFile&v=69 [12.5.2022]
- Bundesagentur für Arbeit, 2021, Klassifikation der Berufe 2010 – überarbeitete Fassung 2020, Band 1: Systematischer und alphabetischer Teil mit Erläuterungen, https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Statischer-Content/Grundlagen/Klassifikationen/Klassifikation-der-Berufe/KldB2010-Fassung2020/Printausgabe-KldB-2010-Fassung2020/Generische-Publikationen/KldB2010-PDF-Version-Band1-Fassung2020.pdf?__blob=publicationFile&v=19 [12.5.2022]
- Bundesverwaltungsamt, 2022, Spätaussiedler und ihre Angehörigen: Registrierungen/Verteilungen nach Herkunftsstaaten, Zeitreihe 1950–2021, https://www.bva.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Buerger/Migration-Integration/Spaetaussiedler/Statistik/Zeitreihe_1950_2021.pdf?__blob=publicationFile&v=2 [11.5.2022]
- Cazachevici, Alina / Havranek, Tomas / Horvath, Roman, 2020, Remittances and economic growth: A meta-analysis, <http://meta-analysis.cz/remittances/remittances.pdf> [30.5.2022]
- DAAD – Deutscher Akademischer Austauschdienst / DZHW – Deutsches Zentrum für Hochschulwissenschaft, 2021, Wissenschaft weltoffen 2021, <https://www.wissenschaft-weltoffen.de/de/> [30.5.2022]
- Deutscher Bundestag, 2020, Push- und Pull-Faktoren in der Migrationsforschung, Wissenschaftliche Dienste, Dokumentation, <https://www.bundestag.de/resource/blob/799860/b555457732e3ec012177cdf4357110a0/WD-1-027-20-pdf-data.pdf> [30.5.2022]
- Eisfeld, Alfred, 2017, Russlanddeutsche: Nationalitätenpolitik gegenüber der deutschen Minderheit in der Sowjetunion von 1917 bis zur Perestrojka, <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/russlanddeutsche/250039/nationalitaetenpolitik-gegenueber-der-deutschen-minderheit-in-der-sowjetunion-von-1917-bis-zur-perestrojka/> [11.5.2022]
- Geis, Wido, 2017a, Fachkräftesicherung durch die Ausbildung von Bildungsausländern an deutschen Hochschulen, in: IW-Trends, 44. Jg., Nr. 2, S. 83–100
- Geis, Wido, 2017b, Eckpunkte eines modernen Zuwanderungsrechts, IW-Policy Paper, Nr. 21, Köln
- Geis-Thöne, Wido, 2020a, Über eine Million erwerbsorientierte Zuwanderer in 10 Jahren. Eine Auswertung der Wanderungsmotive nach Deutschland zugezogener Personen, IW-Report, Nr. 29, Köln
- Geis-Thöne, Wido, 2020b, Der Beitrag der Zuwanderung zur Stabilisierung der demografischen Entwicklung, in: IW-Trends, 47. Jg., Nr. 2, S. 129–148
- Geis-Thöne, Wido, 2020c, Die Integration der Geflüchteten macht große Fortschritte. Eine Bestandsaufnahme fünf Jahre nach dem starken Zuzug, IW-Report, Nr. 42, Köln

- Geis-Thöne, Wido, 2020d, Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedsländern kommt in vielen Regionen an. Eine Analyse der Veränderungen von Bevölkerung und Beschäftigung in den Kreisen, IW-Report, Nr. 38, Köln
- Geis-Thöne, Wido, 2021a, Mögliche Entwicklungen des Fachkräfteangebots bis zum Jahr 2040. Eine Betrachtung der zentralen Determinanten und Vorausberechnung, IW-Report, Nr. 11, Köln
- Geis-Thöne, Wido, 2021b, Der Stand der Integration in Deutschland. Konzeptionelle Überlegungen und Ergebnisse auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels, IW-Report, Nr. 8, Köln
- Geis-Thöne, 2021c, Deutliche Fortschritte bei der Arbeitsmarktintegration trotz Pandemie. Aktuelle Zahlen zur Lage von Personen aus den acht Hauptasylherkunftsländern, IW-Report, Nr. 31, Köln
- Geis-Thöne, Wido, 2021d, In Europa entwickeln sich die Bevölkerungen im erwerbsfähigen Alter unterschiedlich. Eine Analyse der demografischen Strukturen in den 27 EU-Ländern, IW-Report, Nr. 38, Köln
- Geis-Thöne, Wido, 2021e, Zur Fachkräftesicherung braucht die Migrationspolitik drei Säulen, IW-Kurzbericht, Nr. 89, Köln
- Geis-Thöne, Wido, 2022a, Zuwanderung aus Indien: Ein großer Erfolg für Deutschland. Entwicklung und Bedeutung für die Fachkräftesicherung, IW-Report, Nr. 1, Köln
- Geis-Thöne, Wido, 2022b, Wanderungsbewegungen im Lebenslauf und regionale Bevölkerungsentwicklung. Rahmenbedingungen für die regionale Migrations- und Demografiepolitik, IW-Report, Nr. 6, Köln
- Geis-Thöne, Wido, 2022c, Abwanderung aus Deutschland bei einer insgesamt sehr positiven Wanderungsbilanz. Eine Analyse der verfügbaren Daten zu Fortzügen und Abwanderungsabsichten, IW-Report, Nr. 13, Köln
- Geis-Thöne, Wido et al., 2021, Wie lässt sich das Produktivitätswachstum stärken?, Gutachten im Auftrag der KfW Bankengruppe, Berlin
- Geis-Thöne, Wido / Klös, Hans-Peter / Krey, Kerstin / Plünnecke, Axel, 2022, Flucht-migration aus der Ukraine – Herausforderungen meistern, IW-Kurzbericht, Nr. 26, Köln
- Geißler, Rainer, 2014, Sozialer Wandel in Deutschland: Migration und Integration, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/198020/migration-und-integration/> [13.4.2022]
- Heuer, Leonie / Röhl, Klaus-Heiner, 2021, Unternehmensgründungen und Wirtschaftswachstum im internationalen Vergleich, IW-Report, Nr. 44, Berlin
- Höhne, Jutta / Linden, Benedikt / Sells, Eric / Wiebel, Anne, 2014, Die Gastarbeiter: Geschichte und aktuelle soziale Lage, WSI-Report, Nr. 16, https://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_report_16_2014.pdf [11.5.2022]
- Hüther, Michael / Jung, Markos / Obst, Thomas, 2021, Chancen für Wachstum und Konsolidierung. Arbeitskräftepotenziale der deutschen Wirtschaft, IW-Policy Paper, Nr. 10, Köln

- IQ-Netzwerk, 2022, IQ Fachstelle Migrantenökonomie, <https://www.netzwerk-iq.de/foerderprogramm-iq/fachstellen/fachstelle-migrantenoeconomie> [11.5.2022]
- KfW Research, 2021, KfW-Gründungsmonitor 2021. Tabellen- und Methodenband, <https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-Gr%C3%BCndungsmonitor/KfW-Gr%C3%BCndungsmonitor-2021-Tabellen-und-Methodenband.pdf> [11.5.2022]
- Kohlisch, Enno / Koppel, Oliver, 2021, Migration hält Deutschlands stotternden Innovationsmotor am Laufen, IW-Kurzbericht, Nr. 20, Köln
- Lehmann, Yvonne / Schaepe, Christiane / Wulff, Ines / Ewers, Michael, 2019, Pflege in anderen Ländern: Vom Ausland lernen?, Heidelberg
- Panagiotidis, Jannis, 2017, Russlanddeutsche und andere postsozialistische Migranten. Aussiedler, <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/kurzdoersiers/252536/aussiedler/> [13.4.2022]
- Puls, Thomas, 2018, Fachkräftemangel wird zum Problem in der Logistik, IW-Kurzbericht, Nr. 22, Köln
- Sachs, Andreas, 2020, Migrantenunternehmen in Deutschland zwischen 2005 und 2018. Ausmaß, ökonomische Bedeutung und Einflussfaktoren auf Ebene der Bundesländer, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
- Schmidtke, Oliver, 2021, Kanadas Immigrations- und Integrationsregime: Ein Modell für das 21. Jahrhundert?, <https://www.kas.de/documents/7209110/7289702/Schmidtke+Kanadas+Immigrations-+und+Integrationsregime+-+ein+Modell+f%C3%BCr+das+21.+Jahrhundert.pdf/260aa60b-2e86-0438-6794-0b9e651f2950?version=1.1&t=1625493499294> [11.5.2022]
- Somers, Shaina, 2019, Kanadas Migrations-, Flüchtlings- und Asylpolitik: Entwicklungen seit 2015, <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/laenderprofile/298203/kanadas-migrations-fluechtlings-und-asylpolitik-entwicklungen-seit-2015/> [11.5.2022]
- SPD / Bündnis 90/Die Grünen / FDP, 2021, Mehr Fortschritt wagen: Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit, Koalitionsvertrag zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/1990812/04221173eef9a6720059cc353d759a2b/2021-12-10-koav2021-data.pdf?download=1> [13.4.2022]
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2019, Stichprobenerhebung über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt. Mikrozensus 2019, https://www.forschungsdatenzentrum.de/sites/default/files/mz_2019_on-site_eu.pdf [11.5.2022]
- Statistisches Bundesamt, 2008, Klassifikationen: Gliederung der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), https://www.destatis.de/DE/Methoden/Klassifikationen/Gueter-Wirtschaftsklassifikationen/Downloads/gliederung-klassifikation-wz-3100130089004.pdf?__blob=publicationFile [11.5.2022]
- Statistisches Bundesamt, 2020, ErwerbSPersonenvorausberechnung 2020, Wiesbaden

- Statistisches Bundesamt, 2021, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit: Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2019, Fachserie 1, Reihe 2.1, Wiesbaden
- Statistisches Bundesamt, 2022a, Erwerbstätigkeit: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit (Inländer), Zeitreihe, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Erwerbstaetigkeit/Tabellen/liste-bevoelkerung-erwerbstaetigkeit.html> [13.4.2022]
- Statistisches Bundesamt, 2022b, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit: Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2021, Fachserie 1, Reihe 2.2, Wiesbaden
- Statistisches Bundesamt, 2022c, Haushalte und Familien: Was ist der Mikrozensus?, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Haushalte-Familien/Methoden/mikrozensus.html> [10.6.2022]
- Statistisches Bundesamt, 2022d, GENESIS-Online Datenbank, <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online> [17.5.2022]
- Statistisches Bundesamt, 2022e, Arbeitsmarkt: Erwerbstätige, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Glossar/erwerbstaetige.html> [17.5.2022]
- Statistisches Bundesamt, 2022f, Arbeitsmarkt: Erwerbslose, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Glossar/erwerbslose.html> [17.5.2022]
- Statistisches Bundesamt, 2022g, Unternehmen und Arbeitsstätten: Gewerbeanzeigen März 2022, Fachserie 2, Reihe 5, Wiesbaden
- Stöhr, Tobias, 2017, Rücküberweisungen und ihr Beitrag zur Entwicklung in den Herkunftsländern, <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/kurzdossiers/migration-und-entwicklung/261339/rueckueberweisungen-und-ihr-beitrag-zur-entwicklung-in-den-herkunftslaendern/> [17.5.2022]
- Süßmuth, Rita et al., 2001, Zuwanderung gestalten: Integration fördern, Bericht der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“, Berlin
- SVR – Sachverständigenrat für Integration und Migration, 2022, Entstehungsgeschichte, <https://www.svr-migration.de/ueber-uns/entstehungsgeschichte/> [13.4.2022]
- Swiaczny, Frank, 2014, Erster und Zweiter demografischer Übergang, <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/kurzdossiers/176227/erster-und-zweiter-demografischer-uebergang/> [31.5.2022]
- UN – United Nations, 2019, Population Division, World Fertility Data 2019, <https://www.un.org/development/desa/pd/data/world-fertility-data> [1.6.2020]
- Will, Anne-Kathrin, 2020, Migrationshintergrund – wieso, woher, wohin?, <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/laenderprofile/deutschland/304523/migrationshintergrund-wieso-woher-wohin/> [13.4.2022]
- Worbs, Susanne / Bund, Eva / Kohls, Martin / Babka von Gostomski, Christian, 2013, (Spät-)Aussiedler in Deutschland: Eine Analyse aktueller Daten und Forschungsergebnisse, BAMF-Forschungsbericht, Nr. 20, Nürnberg

Abstract

The importance of immigration for the German economy

The status quo and policy options for the future

As a result of demographic change, Germany will become increasingly dependent on immigration to secure its pool of skilled labour and stabilise its economic performance. Immigrants are already making an important contribution in this respect. In 2019, for example, almost every sixth person in skilled employment had not been born on German soil and one in twenty had entered the country since 2007. Taking only university graduates between the ages of 25 and 34, the share of immigrants rises to approximately a quarter and of those who have moved to Germany since 2007 to around a fifth. The figures show that non-natives are also making a growing contribution to innovation and entrepreneurship in this country. Despite this, the overall immigrant population is still disproportionately low-skilled and either employed in menial positions or not active in the labour market at all. Immigration policy must therefore continue to be selective and specifically target potential employees and trainees from non-EU countries who either already possess the specialist qualifications needed in Germany or can rapidly acquire them.

Autor

Dr. rer. pol. **Wido Geis-Thöne**, geboren 1981 in Friedrichshafen; Studium der Volkswirtschaftslehre und Promotion in Tübingen; seit 2011 im Institut der deutschen Wirtschaft, Senior Economist im Kompetenzfeld „Bildung, Zuwanderung und Innovation“.

Christina Anger / Axel Plünnecke

Bildungsgerechtigkeit

Herausforderung für das deutsche
Bildungssystem

IW-Analysen 140, 2021, 78 Seiten

Dominik H. Enste / Johanna Kary

Die sieben Todsünden

Verhaltensökonomische Interpretationen
und Handlungsempfehlungen

IW-Analysen 141, 2021, 120 Seiten

Berthold Busch / Björn Kauder

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt

Bestandsaufnahme und Vorschläge für
mehr fiskalpolitische Disziplin in Europa

IW-Analysen 142, 2021, 78 Seiten

Martin Beznoska / Jochen Pimpertz /
Maximilian Stockhausen

**Führt eine Bürgerversicherung
zu mehr Solidarität?**

Eine Vermessung des Solidaritätsprinzips
in der gesetzlichen Krankenversicherung

IW-Analysen 143, 2021, 72 Seiten

Bertold Busch

**Die mittel- und osteuropäischen
Staaten in der EU**

Entwicklung, Sachstand und Probleme

IW-Analysen 144, 2021, 84 Seiten

Hagen Lesch / Helena Schneider /
Christoph Schröder

**Mindestlohnanpassung und
Living Wage**

Was kann Deutschland von Frankreich
und dem Vereinigten Königreich lernen?

IW-Analysen 145, 2021, 72 Seiten

Dominik H. Enste / Jenny Potthoff

**Behavioral Economics and
Climate Protection**

Better regulation and green nudges for
more sustainability

IW-Analysen 146, 2021, 102 Seiten

Christiane Flüter-Hoffmann /

Andrea Kurtenacker / Jörg Schmidt

**Menschen mit Beeinträchtigungen
auf dem Arbeitsmarkt**

Erwerbsbeteiligung, Beschäftigungsstruk-
turen und persönliche Einschätzungen

IW-Analysen 147, 2021, 78 Seiten

Helena Bach / Hagen Lesch / Sandra Vogel

**Die Legitimität der Tarifautonomie
in Deutschland**

Wirtschaftspolitische Lehren aus histo-
rischen Debatten von 1918 bis heute

IW-Analysen 148, 2022, 96 Seiten

Andrea Hammermann / Jörg Schmidt /
Oliver Stettes

**Fluktuation auf dem
deutschen Arbeitsmarkt**

Dynamik von Personalbewegungen
und deren Einflussfaktoren

IW-Analysen 149, 2022, 72 Seiten

Berthold Busch

**Nach dem Brexit: Eine erste
Einschätzung ökonomischer und
politischer Folgen**

IW-Analysen 150, 2022, 78 Seiten

Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.

Konrad-Adenauer-Ufer 21
50668 Köln
T 0221 4981-0
info@iwkoeln.de

iwkoeln.de